

Schweizerische Volkspartei (SVP)



Jahresbericht

2015

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
I. Erfolgsbilanz	4
1. Das Jahr 2015 im Rückblick	4
2. Vorstösse aus der SVP-Fraktion	34
3. Vernehmlassungsantworten der SVP	35
4. Positionspapiere der SVP	38
5. Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen	39
6. Internet	40
II. PARTEIORGANE	41
1. Delegiertenversammlungen	41
2. Zentralvorstand	42
3. Leitender Ausschuss	46
4. Parteileitung	47
5. Generalsekretariat	48
6. Fraktion der Bundesversammlung	49
III. Eidgenössische Volksabstimmungen 2015	52
IV. Die SVP in den Kantonsparlamenten	53
V. Die SVP-Kantonalsektionen ONLINE	54

Vorwort

Das Jahr 2015 wurde durch die eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober geprägt. Die SVP erzielte einen Wähleranteil von 29,4% und erreichte damit einen historischen Höchststand. Noch nie hat eine Partei in der Schweiz im Proporzwahlssystem einen höheren Wähleranteil erzielt. Im Ständerat konnte die Sitzzahl gehalten werden. Den erfolgreichen Abschluss fand das Wahljahr im Dezember mit der Wahl eines zweiten SVP-Bundesrates in die Landesregierung. Mit Guy Parmelin wurde erstmals ein SVP-Vertreter der Suisse Romande in den Bundesrat gewählt. Bundesrat Ueli Maurer wurde mit einem guten Ergebnis im Amt bestätigt. Die erfolgreich abgeschlossenen Wahlen sind eine Verpflichtung und bringen zusätzliche Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern.

Die SVP war auch im Jahr 2015 erneut gezwungen, den Weg über das Volk einzuschlagen, da sie im von Mitte-Links-Mehrheiten geprägten Parlament in zentralen Fragen in die Minderheit versetzt wurde. So wurde im März die Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)“ lanciert. Diese soll sicherstellen, dass Volksentscheide wieder umgesetzt werden und dass demokratisch bestimmtes Schweizer Verfassungsrecht dem nicht zwingenden, internationalen Recht vorgeht. Gegen Ende Jahr ergriff die SVP zudem das Referendum gegen die untaugliche Revision des Asylgesetzes, welche Gratis-Anwälte für alle Asylbewerber und die Möglichkeit der Enteignung von Privaten für Asylunterkünfte vorsieht.

Das ganze Jahr 2015 war stark geprägt durch massive Migrationsströme in Richtung Europa. Akzente setzte die SVP neben der Migrationspolitik unter anderem im Bereich der Stärkung der Wirtschaft und der Deregulierung. Zu diesem Thema präsentierte die Partei im Frühjahr gemeinsam mit FDP und CVP ein Massnahmenpaket. Weitere Schwerpunkte bildeten der Kampf gegen einen schleichenden EU-Beitritt und der Einsatz für eine glaubwürdige Landesverteidigung, der genügend Mittel zur Verfügung stehen.



Martin Baltisser
Generalsekretär

I. ERFOLGSBILANZ

1. Das Jahr 2015 im Rückblick

JANUAR

9. und 10. Januar 2015: Die Parteikader der SVP Schweiz versammeln sich zu ihrer traditionellen Arbeitstagung in Horn (TG)

Die „Bad Horn“-Tagung 2015 widmet sich der Frage, wie die Schweiz ihre wirtschaftliche Attraktivität behalten und ausbauen kann. Nebst einem Referat, das einen Vergleich zu den Standorten Deutschland und Frankreich zieht, spricht am ersten Tag der Veranstaltung in Horn der Verwaltungsratspräsident R. Dörig des grössten Stellenvermittlers aus der Praxis über die Erfolgsfaktoren und Gefahren für die Schweiz. Am zweiten Tag wenden sich die Teilnehmer der Umsetzung des Verfassungsartikels zur Steuerung der Zuwanderung und dem Verhandlungsspielraum der Schweiz mit der Europäischen Union zu. Zu möglichen Verhandlungspositionen spricht Prof. Dr. Michael Ambühl, Professur Verhandlungsführung von der ETH Zürich.



Ein Vergleich der Wirtschaftsstandorte Schweiz und Deutschland / Frankreich – Warum Selbstbestimmung der Schweiz wichtig ist. Dazu spricht Prof. Dr. Franz Jaeger, Volkswirtschaft, Universität St. Gallen.

Delegiertenversammlung in Locarno (TI) vom 24. Januar 2015 „Tiefe Steuern, Gebühren und Abgaben für alle“

Die SVP fasst an ihrer Delegiertenversammlung in Locarno ihre Parolen zum Abstimmungswochenende vom 8. März. Sie stellt sich mit 285 zu 6 Stimmen hinter den Bau eines zweiten Gotthard-Strassentunnels, da dieser die Sicherheit für die Autofahrer massiv erhöhen würde. Die Familieninitiative der CVP heisst sie mit 144 zu 96 Stimmen gut. Die grünliberale Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ lehnt

die SVP mit 279 Stimmen zu 1 ab, da sie Unsicherheit und grosse Nachteile für Familien, das Gewerbe und die Exportwirtschaft schaffen würde.



Delegierte an der Delegiertenversammlung in Locarno.

FEBRUAR

Wahlen im Kanton Baselland

Am 8. Februar feiert die SVP Baselland Sitzgewinne

Thomas Weber schafft es im bürgerlichen „4er Päckli“ mit FDP und CVP in den Regierungsrat. Erstmals seit 90 Jahren ist die SP nicht mehr in der Regierung vertreten.

Im Landrat gewinnt die SVP 4 Sitze und hat neu 28 Sitze, Grün (-4) und BDP (-3, verbleib: 1 Sitz) verlieren massiv.

15. SVP-Jasscup vom 21. Februar 2015

Am diesjährigen, 15. SVP-Jasscup im Casino Herisau (AR) nehmen über 350 Jasser aus der ganzen Schweiz teil. Sie fordern SVP-Präsident Toni Brunner und andere National- und Ständeräte der SVP beim Jassen heraus.



Konzentriert: Was ist die richtige Strategie auch beim Jassen?

Delegiertenversammlung in Nottwil (LU) vom 28. Februar 2015 „SVP – die Partei für die Schweiz“

Die SVP verabschiedet an ihrer Delegiertenversammlung vom 28. Februar in Nottwil (LU) ihr Programm der nächsten vier Jahre. Darin bringt sie ihre Positionen auf den neuesten Stand und bestätigte ihre liberal-konservative Ausrichtung. Das mit dem Titel „SVP – die Partei für die Schweiz“ überschriebene Dokument ist ab April verfügbar. Erstmals tritt sie mit der neuen Bühne auf.



Moderner und frischer: Die SVP präsentiert nebst neuem Parteiprogramm ihre neue Bühne.

**Eidgenössische Abstimmung vom 8. März 2015****Volksinitiative „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“**

Die Volksinitiative „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“ wird klar abgelehnt. Die SVP hat die Initiative unterstützt, in der Überzeugung, dass Familien mit Kindern mehr Geld zum Leben bleiben soll und so auch die Wirtschaft gestärkt wird. Die SVP wird sich – gerade in der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Situation und Euro-Schwäche – weiterhin dafür einsetzen, dass das Geld bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bleibt, statt im ausufernden Verwaltungsapparat und in übersteuerten Löhnen des Bundespersonals zu versickern.

Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“

Die unsinnige Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ erleidet klar Schiffbruch. Die Stimmbürgerinnen und -bürger erkennen die Schädlichkeit dieser neuen Energiesteuer und sprechen sich klar gegen Steuerhöhungen auf Benzin, Diesel, Öl und Gas aus. Der Versuch, Energie künstlich zu verteuern, verfängt auch dieses Mal nicht, so wie das Volk bereits vor gut zehn Jahren eine Energielenkungsabgabe und die Initiative „Energie statt Arbeit besteuern“ abgelehnt hatte.

Medienkonferenz vom 10. März**„Beginn Unterschriftensammlung Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)“**

Die SVP lanciert anlässlich einer Medienkonferenz in Bern die Unterschriftensammlung der im Bundesblatt veröffentlichten Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)“. Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben in der Schweiz das letzte Wort. Volk und Kantone (Stände) bestimmen, was in der Schweiz als höchstes Recht gilt. Sie sind der Souverän, die oberste rechtsetzende Gewalt im Land. Sie sind der Verfassungsgeber. Damit sind wir sehr gut gefahren. Unsere freiheitliche Ordnung, aber auch unser Sozialstaat ist auf dieser Grundlage entstanden, nicht durch eine Anbindung an internationale Organisationen und ausländische Gerichte. Diese bewährte Ordnung garantiert Rechtssicherheit und Stabilität und ist damit auch eine wichtige Rahmenbedingung für einen attraktiven und erfolgreichen Wirtschaftsstandort.

Schweizer Recht statt fremde Richter



Wahlen am 8. März

Kanton Luzern

Bei den **Kantonsratswahlen** in Luzern kann die SVP weiter zulegen, gewinnt 2 Sitze dazu und ist neu mit 29 Sitzen im Parlament vertreten.

Bei den **Regierungsratswahlen** schaffen 3 von 4 Bisherigen die Wiederwahl im ersten Durchgang: Graf, CVP, Küng, FDP und Wyss, CVP.

In den zweiten Wahlgang müssen der parteilose Schwerzmann (Finanzdirektor), sowie der SVP-Kandidat Paul Winiker, der nur 720 Stimmen dahinter liegt. Die SVP ist seit 8 Jahren nicht mehr in der Kantonsregierung vertreten, was sich nun ändern soll. Abgeschlagen ist die SP-Kandidatin Zopfi. Der zweite Wahlgang findet am 10. Mai statt, bei dem der SVP-Kandidat Paul Winiker und der parteilose Marcel Schwerzmann gewählt werden.

Kanton Appenzell Ausserrhoden

Bei den **Regierungsratswahlen** schafft der bisherige SVP-Regierungsrat Köbi Frei die Wiederwahl. Die Kantonsratswahlen finden am 12. April statt, wobei die SVP um 3 Sitze zulegen kann.



Frühlingsession 2015 (2. - 20. März)

In der **ersten Sessionswoche** wurde im Nationalrat Jean-Pierre Graber (SVP/BE), der auf Hansruedi Wandfluh nachrutscht, vereidigt. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer Vorlage zugestimmt, wonach kleine Vereine von der Steuer befreit werden sollen. Voraussetzung ist, dass sich der Verein ideellen Zwecken

widmet. Mit der Zustimmung des Nationalrates übernimmt die Schweiz entgegen dem Willen der SVP die EU-Verordnung zum europäischen Grenzüberwachungssystem EUROSUR. Im Weiteren ist der Nationalrat dem Ständerat gefolgt und hat diverse Steuerinformationsabkommen sowie eine Reihe von neuen oder geänderten Doppelbesteuerungsabkommen zugestimmt.

Im Nationalrat konnte bei der Umsetzung der Zweitwohnungs-Initiative ein Kompromiss gefunden werden. In einer Vereinbarung haben SVP und FDP den Initianten Zugeständnisse gemacht, wenn diese auf ein Referendum verzichten. Im Weiteren wurde die Volksinitiative "Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule" zur Ablehnung empfohlen. Nur die SVP-Fraktion äusserte Sympathien für die Forderung, die Sexualerziehung zur alleinigen Sache der Eltern zu erklären.

Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat dem direkten Gegenvorschlag zur CVP-Initiative gegen die Heiratsstrafe zugestimmt. Die SVP lehnt den direkten Gegenvorschlag ab und unterstützt die Initiative. Für den Ständerat stehen weder das Verhüllungsverbot des Kantons Tessin noch die Einbürgerungsbestimmungen des Kantons Bern im Widerspruch zum Bundesrecht. Die Änderungen der jeweiligen Kantonsverfassungen wurden gutgeheissen. Im Weiteren stimmte er entgegen dem Willen der SVP der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) zu, welche Dublin-Staaten unterstützt, die wegen der Aufnahme von Asylsuchenden unter Druck sind.

In der **zweiten Sessionswoche** ist der Nationalrat bei der Vorlage zum NFA-Ressourcenausgleich den Geberkantonen entgegengekommen. Diese sollen in der Periode 2016 bis 2019 134 Mio. CHF pro Jahr weniger in den Nationalen Finanzausgleich einzahlen als bisher. Der Kompromiss des Nationalrats zur Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative hat sich auch im Ständerat durchgesetzt. Die wenigen verbleibenden Differenzen wurden ausgeräumt, damit kommt die Vorlage in die Schlussabstimmung. Da die Initianten auf ein Referendum verzichten, könnte das Gesetz Anfang 2016 in Kraft gesetzt werden.

Der Nationalrat ist entgegen dem Willen der SVP der ständerätlichen Umsetzungsvariante der Ausschaffungsinitiative gefolgt. Diese beinhaltet eine Härtefallklausel, mit welcher die meisten Ausschaffungen verhindert werden können. Volk und Stände hatten mit der Ablehnung des direkten Gegenvorschlages genau eine solche Härtefallregelung abgelehnt. Ebenfalls entgegen dem Willen der SVP hat sich der Nationalrat für eine Änderung der Bundesverfassung und des Bürgerrechtsgesetzes zur erleichterten Einbürgerung von Ausländern der dritten Generation ausgesprochen. 2004 hatte das Stimmvolk erleichterte Einbürgerungen für die zweite Generation und automatische für die dritte Generation abgelehnt. Die Verfassungsänderung obliegt obligatorisch dem Referendum.

Der Ständerat empfiehlt die "Milchkuh-Initiative" zur Ablehnung. Mit der Volksinitiative sollen die Einnahmen aus der Mineralölsteuer vollständig dem Strassenverkehr zugutekommen. Entgegen dem Willen der SVP stimmte der Ständerat der Kulturbotschaft für die Zeit von 2016 bis 2020 zu. Der Bundesrat möchte in den fünf Jahren insgesamt 1,12 Mrd. CHF für die Kulturförderung ausgeben.

In der **dritten Sessionswoche** hat der Ständerat bei der Umsetzung der Ausschaf-

fungsinitiative die letzten Differenzen ausgeräumt. Der Nationalrat ist beim Kindesunterhalt auf die Linie des Ständerates eingeschwenkt: Sie hat zum Ziel, dass Kinder unverheirateter Eltern beim Unterhalt künftig dieselben Rechte haben wie Kinder von Ehepaaren.

Beim Nationalen Finanzausgleich bleibt der Ständerat auf seiner harten Linie und lehnt eine Senkung der Beiträge der Geberkantone zum zweiten Male ab. In der Schlussabstimmung hat der Ständerat zudem den direkten Gegenvorschlag zur CVP-Initiative gegen die Heiratsstrafe überraschend abgelehnt. Der Entscheid fiel mit 22 zu 20 Stimmen bei einer Enthaltung. In der ersten Sessionswoche hatte der direkte Gegenvorschlag noch eine Mehrheit im Rat gefunden.

Die Totalrevision des Landesversorgungsgesetzes wurde vom Ständerat einstimmig gutgeheissen. Die Behörden sollen rascher als heute eingreifen können, um drohende oder bereits eingetretene Mangellagen abzuwenden. Der Nationalrat hat das totalrevidierte Gütertransportgesetz verabschiedet. Subventioniert werden noch Gleisanschlüsse und Verladeterminals. Da der Nationalrat nicht nur deren Bau, sondern auch die Erneuerung unterstützen will, hat er die Mittel für die nächsten vier Jahre von 210 auf 250 Mio. CHF aufgestockt. Im Weiteren befürwortet der Nationalrat strengere Regeln für den Derivatehandel. Er hat sich bei den Beratungen zum Finanzmarktinfrastrukturgesetz (FinfraG) gegen die von der SVP beantragten Ausnahmen ausgesprochen.

Das revidierte Medizinalberufegesetz ist unter Dach und Fach. National- und Ständerat haben dem Antrag der Einigungskonferenz zugestimmt. Damit drohen Arbeitgebern auch in Zukunft keine Bussen, wenn Ärzte ungenügende Sprachkenntnisse haben. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Änderung des Kyoto-Protokolls für die Zeit bis 2020 zugestimmt. Der Nichteintretensantrag der SVP wurde klar abgelehnt. Die Armee soll kleiner werden, aber voll ausgerüstet und rasch mobilisierbar sein. Der Ständerat hiess die Weiterentwicklung der Armee (WEA) klar gut. Die Eckwerte hatte das Parlament schon früher beschlossen: Die Armee soll im Jahr höchstens 5 Mrd. CHF kosten und auf 100'000 Mann verkleinert werden.

Mit den Schlussabstimmungen zu 19 Vorlagen wurde die Frühjahrssession 2015 abgeschlossen. Verabschiedet wurden unter anderem mit Hilfe der SVP das Bundesgesetz über Zweitwohnungen, mit dem die Zweitwohnungsinitiative umgesetzt wird; die Änderung des Bundesgesetzes über die Gewinnbesteuerung von juristischen Personen mit ideellen Zwecken, mit der kleine Vereine von der Steuer befreit werden sowie der Bundesbeschluss über die Genehmigung des Abkommens mit Kosovo zur Bekämpfung der Kriminalität. Ebenfalls zugestimmt jedoch entgegen dem Willen der SVP, wurde der Änderung des Strafgesetzbuches sowie des Militärstrafgesetzes, mit der die Ausschaffungsinitiative hätte umgesetzt werden sollen; dem Bundesbeschluss über die Volksinitiative "Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer", mit dem die Initiative zur Ablehnung empfohlen wird sowie der Änderung des Zivilgesetzbuches, mit dem die Kinder unverheirateter Eltern beim Unterhaltsrecht bessergestellt werden.

Kantonsratswahlen im Kanton Appenzell Ausserrhoden vom 12. April

Bei den **Kantonsratswahlen** macht die SVP 1 Sitz gut und ist jetzt mit 11 Sitzen von 65 vertreten.

Wahlen im Kanton Zürich vom 12. April

Bei den **Kantons- und Regierungsratswahlen** in Zürich kann die SVP überzeugen:

Beide Regierungsräte (Kägi und Stocker) werden komfortabel wiedergewählt. Bei den Kantonsratswahlen kann die SVP ihre 54 Sitze halten. Die FDP kann einen grossen Erfolg verbuchen und kann 8 Sitze gut machen. Hingegen erleiden Grüne und Grünliberale empfindliche Verluste.

Wahlen im Kanton Tessin vom 19. April

Im Tessiner Regierungsrat kann die SVP keinen Sitz gewinnen. Im Grossrat hält die SVP die Fraktionsstärke zusammen mit der AL (5 Sitze), allerdings verliert sie aufgrund dieser Listenverbindung mit der AL zwei UDC-Sitze.

Delegiertenversammlung in Fribourg (FR) vom 18. April 2015

„Arbeitsplätze sichern – keine neuen Steuern“

Die SVP hat an der Delegiertenversammlung zwei Parolen im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 14. Juni 2015 gefasst. Sie **lehnt eine nationale Erbschaftsteuer mit 324 zu 0 Stimmen ab**, da diese die Kantonshoheit angreift und jedes Jahr tausende Arbeitsplätze gefährden würde. Die **Revision des Radio- und Fernsehgesetzes lehnt sie mit 315 zu 1 Stimme ab**, da damit faktisch eine von der Nutzung unabhängige Mediensteuer eingeführt würde und der Bundesrat freie Hand erhielte, die heute schon hohe Abgabe nach Belieben weiter zu erhöhen.

Die Parteigremien der SVP Schweiz treffen sich in Fribourg zu verschiedenen Sitzungen. Der Zentralvorstand fasst dabei abschliessend die Parolen der Partei zur **Stipendieninitiative** und zum Verfassungsartikel über die Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich (**Präimplantationsdiagnostik**), über welche am 14. Juni 2015 abgestimmt wird. Während die **Stipendieninitiative einstimmig abgelehnt** wird, beschliesst der Zentralvorstand bei der **Präimplantationsdiagnostik nach intensiver Diskussion mit 36 zu 25 Stimmen die Nein-Parole**.



Delegiertenversammlung in Fribourg.

MAI



Sondersession 2015 (4. – 6. Mai)

Der Nationalrat hat am Montag entgegen dem Willen der SVP ganz knapp einer Verfassungsänderung für eine aktivere Jugendpolitik von Bund und Kantonen zugestimmt. Stimmt auch der Ständerat der Verfassungsänderung zu, wird das Stimmvolk das letzte Wort haben. Abgelehnt wurde ein Vorschlag beim Zivildienstgesetz, welche die Dienstleistenden an Schulen einsetzen wollte. Bundesrichter und Bundesanwälte haben zudem künftig das Recht auf eine Abgangsentschädigung von bis zu einem Jahreslohn, wenn sie ohne gravierendes Verschulden nicht wiedergewählt werden. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat entgegen dem Willen der SVP einer entsprechenden Regelung zugestimmt.

Der Bund soll 2016 gegenüber dem Finanzplan rund 500 Millionen Franken einsparen. Der Nationalrat hat ein Sparpaket in diesem Umfang gutgeheissen. Anträge der SVP und der FDP die versuchten die Ausgaben des Bundes im Jahr 2016 auf dem Niveau von 2014 bei 64 Milliarden Franken zu plafonieren, fanden keine Mehrheit, obwohl die Forderung Teil des angekündigten "bürgerlichen Schulterschlusses" zwischen den Präsidenten von SVP, FDP und CVP ist. Die CVP hat diesen Schulterschluss jedoch gebrochen und gegen die Anträge gestimmt. Im Weiteren stimmte der Nationalrat einem Kredit von 129 Mio. CHF für die drei Genfer Zentren für Sicherheits- und Friedenspolitik für den Zeitraum 2016-2019 zu.

Medienkonferenz vom 19. Mai

„Sommarugas Asylchaos endlich ein Ende setzen!“

Mit der von SP-Bundesrätin Sommaruga betriebenen Asylpolitik werden Missbräuche gefördert. Profitiert haben Wirtschaftsmigranten, Schlepperbanden und die Asylindustrie in der Schweiz. Die jährlichen Kosten von rund 6 Milliarden Franken für die Asyl- und Entwicklungsindustrie bezahlen die Schweizer Steuerzahler. Aufgrund der Anerkennungsquote von 60% (dreimal höher als noch im Jahr 2012) muss bei 30'000 Asylbewerbern im Jahr 2015 mit zusätzlichen +18'000 Personen gerechnet werden. Diese können langfristig in der Schweiz bleiben und verursachen damit Mehrkosten im Umfang von rund 600 Millionen Franken pro Jahr. Die Verantwortung für dieses Schlamassel trägt die politische Führung des Eidgenössischen Polizei- und Justizdepartements um Bundesrätin Sommaruga.

Medienkonferenz vom 26. März

„Bundesrat verweigert Umsetzung der Zuwanderungsbeschränkung“

Die Vorlage des Bundesrates zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung zur eigenständigen Steuerung der Zuwanderung (Art. 121 a BV) missachtet den Volkswillen. Das Ziel einer Steuerung und Senkung der Zuwanderung wird damit nicht erreicht. Unhaltbar ist, dass der Bundesrat die Begrenzung der Zuwanderung aus der EU von der Zustimmung der EU abhängig machen will. Die SVP ruft den Bundesrat auf, die Verfassungsbestimmung nun endlich ohne Wenn und Aber rasch und wirkungsvoll umzusetzen. Die sich eintrübende Wirtschaftslage und der gegenüber dem Ausländeranteil doppelt so hohe Anteil von Ausländern in unseren Sozialwerken verschärfen den Handlungsbedarf zusätzlich.



Nationalräte Parmelin, Brunner, Amstutz und Brand.



Eidgenössische Abstimmung vom 14. Juni 2015

Erbschaftssteuerinitiative: Ein NEIN zum gefrässigen Staat

Die SVP freut sich über die klare Abfuhr der Bevölkerung an die Adresse dieses linken und einmal mehr die Steuerhoheit der Kantone beschneidenden Initiativbegehrens. Dem gefrässigen und überbordenden Staat und dem damit einhergehenden Bürokratieschub wurde durch Volk und Stände eine Absage erteilt. Die Initiative hätte alle Steuerzahler zusätzlich belastet. Die Ablehnung der Initiative ist aber auch ein klares Zeichen zugunsten eines konkurrenzfähigen Werk- und Finanzplatzes Schweiz. Der Bundesrat hat nun endlich auch seine Kompetenzen für einen weiteren Bürokratieabbau und eine Deregulierung zu nutzen. Er kann Verordnungen in eigener Regie und in kurzer Zeit anpassen. Dies sollte er in der heutigen Zeit der Euro-Schwäche endlich tun. Führung ist gefragt. Solche kleinen, pragmatischen Zeichen und Massnahmen helfen den liberalen Arbeitsmarkt zu stärken und Arbeitsplätze in der Schweiz zu erhalten.

Zustimmung zur PID – enge Schranken zu beachten

Die SVP nimmt die Annahme der Änderung der Bundesverfassung im Bereich der Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich zur Kenntnis. Den Bedenken der Gegner der grenzenlosen Fortpflanzungsmedizin ist jedoch künftig Rechnung zu tragen. Der Entscheid, ob Menschen mit Behinderungen geboren werden oder nicht, ist ein schwerwiegender. Der darum versprochene enge Rahmen bei der Umsetzung dieser neuen Verfassungsbestimmung ist nun auch in der Praxis einzuhalten.

Schiffbruch für masslose Stipendieninitiative

Volk und Stände erteilen der Stipendieninitiative mit über 70 % eine klare Abfuhr. Die Vergabe von Stipendien ist Sache der Kantone. Das NEIN zur Initiative ist deshalb ein klares Ja zur Stärkung des Föderalismus und der damit einhergehenden Autonomie und Selbstbestimmung der Kantone. Ebenfalls ist es eine Absage an den Ausbau des Versorgerstaates für Studierende und ein Appell an die Eigenverantwortung.

JA zur Mediensteuer – JA zur Transparenz und Bescheidenheit

Die SVP ist enttäuscht über die knappe Annahme der neuen Mediensteuer. Die massive Propaganda von Bundesrat, Verwaltung und SRG hat leider verfangen. Der Bundesrat hat das Versprechen von einer Kostensenkung für die Gebührenzahler nun umzusetzen. Die massive Kritik an der SRG im Verlauf des Abstimmungskampfes und das knappe Resultat verlangen trotzdem eine Kurskorrektur. Dies gilt auch für die in den letzten Jahren penetranten Selbstinszenierungen und die Überheblichkeit der SRG-Vertreter in vielen eigenen Sendungen. Die SVP verlangt jetzt die längst überfällige Diskussion über den „Service Public“, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse und Gegebenheiten der Sprachregionen sowie die

Rolle der SRG im Bereich der elektronischen Medien. Zweitens will die SVP Transparenz in Bezug auf die SRG-Finanzen.



Sommersession 2015 (01. – 19. Juni)

Lässt sich ein Paar scheiden, sollen Ehefrauen und -männer, die wegen der Betreuung von gemeinsamen Kindern nicht erwerbstätig gewesen sind, bei der Vorsorge bessergestellt werden. Das hat in der **ersten Sessionswoche** nach dem Ständerat auch der Nationalrat beschlossen und eine entsprechende Vorlage verabschiedet. Abgelehnt wurde vom Ständerat hingegen die Volksinitiative "Schutz vor Sexualisierung im Kindergarten und Primarschule". Im Weiteren hat der Ständerat Kredite im Umfang von rund 468 Millionen Franken für Armeebauten oppositionslos bewilligt. Über die Immobilienbotschaft des VBS muss nun noch der Nationalrat entscheiden.

Ebenso soll die Armee weiterhin die zivilen Behörden am World Economic Forum (WEF) in Davos unterstützen. Der Ständerat hat eine Vorlage dazu als Erstrat diskussionslos angenommen. Diese sieht vor, in den Jahren 2016 bis 2018 jeweils bis zu 5000 Armeeangehörige einzusetzen. Der Nationalrat hat die Kulturbotschaft und deren Finanzierung gutgeheissen. Die SVP hatte mit ihren Kürzungsanträgen keine Chance. Somit unterstützt der Bund in den kommenden fünf Jahren das Schweizer Kulturschaffen mit rund 1,13 Milliarden Franken. Das sind gegenüber der Förderperiode 2012 bis 2015 rund 3,4 Prozent mehr.

Entgegen dem Willen der SVP hat der Nationalrat die "Milchkuh-Initiative" mit 97 zu 65 Stimmen bei 11 Enthaltungen abgelehnt. Mit nur zwei Stimmen Unterschied scheiterte zudem die von der SVP geforderte Verknüpfung mit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF). Dies hätte es erlaubt, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Im Seilziehen um die Beiträge für den Finanzausgleich zeichnet sich weiterhin keine Einigung ab. Der Nationalrat beharrt darauf, die Gerberkantone um jährlich 134 Millionen Franken zu entlasten. Der Nationalrat hat den neuen Vorschlag des Bundesrates für die Revision des Unfallversicherungsgesetzes mit Unterstützung der SVP angenommen. Im ersten Anlauf war die Revision 2011 gescheitert.

Der Ständerat will, dass der Gütertransport weiterhin zu den Kernaufgaben der SBB gehört. Bei der Beratung des Gütertransportgesetzes hat er den Vorschlag des Bundesrats abgelehnt, die Pflichten der SBB auf Infrastruktur und Personenverkehr zu beschränken. Der Nationalrat hatte dem zugestimmt. Das Gütertransportgesetz, das neue Regeln für den Güterverkehr festschreibt, war aber im Grundsatz unbestritten. Weiter hat der Ständerat als Zweitrat entgegen dem Willen der SVP einen Rahmenkredit von 148 Millionen Franken für den weltweiten Umweltschutz in den Jahren 2015 bis 2018 gutgeheissen. Der grösste Teil des Geldes fliesst in den Globalen Umweltfonds. Eine SVP-Minderheit, welche aufgrund des starken Schweizer Frankens den Rahmenkredit auf 129 Millionen Franken kürzen wollte, scheiterte. Im Weiteren wurde das Bahnabkommen zwischen der Schweiz und Frankreich betref-

fend der Strecke Genf-Annemasse vom Parlament angenommen.

Die Revision des Sanktionenrechts ist bereit für die Schlussabstimmung. Der Nationalrat ist in der **zweiten Sessionswoche** bei der Differenzbereinigung dem Ständerat gefolgt. Geldstrafen können weiterhin bedingt ausgesprochen werden. Sie werden bloss etwas zurückgedrängt, indem sie nur bis höchstens sechs Monate ausgesprochen werden können. Kurze Freiheitsstrafen gibt es zwar wieder, Geldstrafen haben aber weiterhin Vorrang. Die SVP lehnt die Vorlage ab, da sie in dieser Form nichts bringt. Zudem genehmigte der Ständerat einstimmig die Staatsrechnung 2014 und stockte trotz der finanziell angespannten Lage des Bundes die Nachtragskredite für 2015 auf.

Der Standort Schweiz soll in den Jahren 2016 bis 2019 mit rund 374 Millionen Franken gefördert werden. Anträge, den Beitrag zu kürzen oder zu erhöhen, blieben chancenlos. Stimmt auch der Ständerat zu, ist die Vorlage beschlossen. Der Ständerat will die AHV-Renten nicht um zehn Prozent erhöhen. Er lehnte die Volksinitiative "AHVplus - für eine starke AHV" mit 33 zu 11 Stimmen ab. Der Ständerat hat als Erstrat das Strafregistergesetz beraten. Damit soll der Zugang zum Strafregister neu geregelt werden. Mehr Behörden als heute sollen auf die Einträge zugreifen können, dabei aber nur jene Informationen erhalten, die sie wirklich benötigen. Aus der Vorlage gestrichen wurde jedoch das Strafregister für Unternehmen.

Die Differenzen beim Transplantationsgesetz sind bereinigt. Das Parlament hält am heutigen System fest, wonach eine Organentnahme nur mit Zustimmung möglich ist. In der Schweiz versicherte Grenzgänger sollen künftig bei der Zuteilung von Organen nicht mehr benachteiligt werden. Neben dem Ständerat empfiehlt auch der Nationalrat ein Nein zur Volksinitiative der CVP für die Abschaffung der Heiratsstrafe. Er hiess mit 97 zu 72 Stimmen den Antrag der Einigungskonferenz gut. Zugestimmt hat der Nationalrat wie der Ständerat bereits vor ihm der Aufstockung von zwei Nachtragskrediten. Insgesamt heisst das Parlament für 2015 Nachtragskredite in der Höhe von 115,8 Millionen Franken gut. Oppositionslos genehmigte der Nationalrat zudem die Staatsrechnung 2014.

Im Seilziehen um den Nationalen Finanzausgleich (NFA) 2016 bis 2019 hat sich das Parlament in der **dritten Sessionswoche** geeinigt. Der Grundbeitrag für den Ressourcenausgleich soll insgesamt um 165 Millionen Franken pro Jahr gesenkt werden. Der Bund wird dadurch um 98 Millionen, die Geberkantone um 67 Millionen Franken entlastet. Der Ständerat hat die Revision des Asylgesetzes fertig beraten. Ziel der Asylreform wäre die Verkürzung der Verfahren. Nur die SVP hat die Vorlage kritisiert, welche realitätsfern ist und vor allem den Asylbewerbern mehr Rechte gibt. Diese erhalten uneingeschränkt kostenlose Beratung und Rechtsvertretung. Der Nationalrat stellt sich hinter das Rüstungsprogramm 2015, das Beschaffungen für insgesamt 542 Millionen Franken vorsieht. Im Programm enthalten ist der Kauf von 879 leichten geländegängigen Motorfahrzeugen für 271 Millionen Franken. Abgelehnt wurde hingegen eine SP-Motion, welche verlangte, Transportflugzeuge oder Transporthelikopter für die Friedensförderung zu kaufen. Der Bund spart nächstes Jahr 635 Millionen Franken.

Der Nationalrat hat am Mittwoch als Zweitrat der Änderung des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) zugestimmt.

Die Strafverfolgungsbehörden sollen damit mehr Möglichkeiten zur Überwachung Verdächtiger bekommen. Entgegen dem Willen der SVP angenommen wurde auch das Finanzmarktinfrastukturgesetz (FinfraG). Damit übernimmt die Schweiz internationale Standards für Börsen und andere Handelssysteme und Regeln für Marktteilnehmer. Der Ständerat empfiehlt mit 32 zu 10 Stimmen ein Nein zur Volksinitiative "Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln" der JUSO und das ohne Gegenvorschlag. Der Ständerat hat es entgegen dem Willen der SVP abgelehnt, das Cassis-de-Dijon-Prinzip für Lebensmittel aufzuheben. In der EU hergestellte Lebensmittel sollen weiterhin in der Schweiz verkauft werden dürfen, auch wenn sie Schweizer Standards nicht erfüllen. Nun muss sich der Nationalrat wieder mit der Vorlage befassen.

Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat entgegen dem Willen der SVP einer Ausweitung der Antirassismustrafnorm zugestimmt. Im Nationalrat gibt es keine Einigkeit über die Weiterentwicklung der Armee (WEA). Da die Mitte-Links-Mehrheit der Armee die Sicherung der Mittel für die Erfüllung des Verfassungsauftrags verweigert hatte, musste die SVP die Vorlage in der Gesamtabstimmung zusammen mit der Linken ablehnen. Nicht einmal die finanzielle Sicherung von 5 Milliarden Franken und damit einen Minimalbestand von 100'000 einsatzfähigen Armeeangehörigen wäre mit der Vorlage garantiert gewesen. Der Nationalrat ist äusserst knapp entgegen dem Willen der SVP auf den wirtschaftsfeindlichen Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)" eingetreten. Der Entscheid fiel mit Stichentscheid des Präsidenten (SP).

Nach jahrelangem Hickhack hat das Parlament die Stärkung des Konsumentenschutzes bereinigt. Wer Waren per Telefon bestellt, soll ein Widerrufsrecht von 14 Tagen haben. Bis zuletzt umstritten war die Frage, ob Konsumenten eine Entschädigung bezahlen müssen, wenn sie den erworbenen Gegenstand vor Rückgabe genutzt haben. Der Vorschlag der Einigungskonferenz sieht nun vor, dass Konsumenten nur dann eine Entschädigung bezahlen sollen, wenn sie einen Gegenstand missbräuchlich verwenden. Ebenfalls abgeschlossen wurde die Vorlage zum elektronischen Patientendossier. Spitäler und Pflegeheime müssen künftig solche Dossiers anbieten. Für Arztpraxen ist dies freiwillig. Auf dem Bundeshaus soll immer eine Schweizerfahne wehen. Der Ständerat überwies als Zweitrat stillschweigend eine entsprechende SVP-Motion. Heute werden nur während den Sessionen die Fahnen am Parlamentsgebäude gehisst. Abgelehnt wurde hingegen eine weitere Motion der Partei, welche dem Bund einen Personalstopp verordnen wollte.

Mit den Schlussabstimmungen zu 29 Vorlagen wurde die Sommersession 2015 abgeschlossen. Verabschiedet wurden mit Hilfe der SVP unter anderem die Bundesgesetze über das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) sowie jenes über das elektronische Patientendossier. Entgegen dem Willen der SVP beschlossen wurden zudem die Ablehnungsempfehlungen zu den Volksinitiativen "Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe", "Für eine faire Verkehrsfinanzierung (Milchkuh-Initiative)" sowie "Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule". Zugestimmt wurde auch den Grundlagen für die masslose Kulturförderung in den Jahren 2016-2020, der Änderung des Sanktionenrechts, sowie mehrerer geänderter Doppelbesteuerungsabkommen, welche den automatischen Informationsaustausch weiter vorantreiben.

Medienkonferenz vom 30. Juni

„Missbrauch und ausufernde Sozialindustrie stoppen - Hilfe für die wirklich Bedürftigen sichern“

Die SVP stellt anlässlich einer Pressekonferenz ihr neues Sozialhilfepapier zuhanden der Kantone vor. Die Sozialhilfe hat sich wegen dem grossen Einfluss der Sozialindustrie von einer staatlichen Übergangshilfe für Personen in Notlage zu einem „staatlichen Grundeinkommen“ gewandelt. Die Kosten der Sozialhilfe haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die grosszügige Aufnahme von Asylsuchenden in unser Land und die ungebremsste Masseneinwanderung werden in den nächsten Jahren eine Kostenexplosion bei der Sozialhilfe nach sich ziehen, welche die arbeitende Bevölkerung zu bezahlen hat. Die Sozialindustrie, die Exekutiven und die anderen Parteien nehmen ohne wirksame Gegenmassnahmen wachsende Ressentiments und zunehmende soziale Spannungen in Kauf. Die SVP will, dass die Sozialhilfe wieder zu dem wird, was sie ursprünglich war: Eine Übergangshilfe zur Selbsthilfe vor Ort für die wirklich Bedürftigen.



Nationalräte Thomas Müller, Céline Amaudruz, Toni Brunner und Albert Rösti.

JULI

Delegiertenversammlung in Kerns (OW) vom 4. Juli 2015

„Mass halten! Zuwanderung steuern.“

Diese Delegiertenversammlung steht ganz im Zeichen der Asyl- und Ausländerpolitik. Mit der Zuwanderungsbegrenzung muss endlich vorwärts gemacht werden. Deshalb kündigt die SVP an, Bundespräsidentin Sommaruga einen Brief zu schreiben mit den Forderungen der SVP. Die Delegierten können diesen Brief am Parteitag unterzeichnen und auch noch zusätzliche Punkte einbringen.



Delegiertenversammlung in Kerns

SVP bi de Lüt in der Bahnhofshalle Zürich vom 29. Juli 2015

Impressionen von der grössten Veranstaltung „SVP bi de Lüt“ am Züricher Hauptbahnhof mit Präsentation des neuen Freiheits-Song von Willy Vogel „Wo e Willy isch, isch ou e Wäg“. Nationalrätin Natalie Rickli spricht über den Wert der Freiheit.





AUGUST

Medienkonferenz vom 6. August

„Für eine einheimische produzierende Landwirtschaft“

Die SVP stellt anlässlich einer Medienkonferenz ihr neues Positionspapier zur Landwirtschaftspolitik vor. Die aktuelle Agrarpolitik 2014-2017 benachteiligt die produzierende Landwirtschaft. Dies betrifft in erster Linie die bäuerlichen Familienbetriebe und wird dem verfassungsmässigen Auftrag, den die Landwirtschaft für die Schweiz zu erfüllen hat, nicht gerecht. Die SVP setzt weiterhin auf eine Stärkung der produzierenden Familienbetriebe, denn nur ein gesunder Bauernstand kann aus eigener Produktion qualitativ hochwertige Erzeugnisse hervorbringen. Die einheimische produzierende Landwirtschaft muss erhalten und gestärkt werden, weitere Extensivierungen lehnen wir ab.

Medienkonferenz vom 11. August

„Asyl: Konsequentes Handeln statt kontraproduktive Reformen“

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats (SPK-N) berät am 13./14. August 2015 die Vorlage von Bundesrätin Sommaruga zur Neustrukturierung des Asylbereichs. Diese „Neustrukturierung“ löst kein einziges der drängenden Probleme im Asylbereich. Im Gegenteil: Das „Asylparadies Schweiz“ wird noch attraktiver. Denn 6000 neue Plätze und ein Gratisanwalt wirken auf Asylbewerber und Schlepper wie eine Einladung. Daher hat die SVP in der SPK-N bereits Ende Juni einen Nichteintretens- und einen Rückweisungsantrag eingereicht. Da diese abgelehnt wurden, will die SVP die Asylgesetzgebung in der Detailberatung mit rund 80 Anträgen verbessern.



Pressekonferenz vom 11. August

Delegiertenversammlung, Parteifest und Wahlauftakt in St. Luzisteig (GR) vom 22. August 2015

„Wahlauftakt und Wahlversprechen der SVP - Frei bleiben!“

Mit grossem Aufmarsch feiert die SVP auf dem St. Luzisteig bei bestem Sommerwetter den Wahlauftakt und nimmt den Kandidaten das Wahlversprechen ab:

- Keinen Anschluss an die EU und keine Anerkennung fremder Richter
- Die Zuwanderung begrenzen und keine 10-Millionen-Schweiz
- Kriminelle Ausländer ausschaffen und die Missbräuche im Asylwesen bekämpfen
- Tiefe Steuern für alle und weniger staatliche Regulierungen

Nebst inhaltlich starken Referaten wird auch gefeiert. Gute Musik und die Aufführung von ein paar kurzen Episoden aus „Heidi“ in Analogie zur Selbst- und Fremdbestimmung. Nebst den Rebels singen Linda Fäh und Willy Vogel für die SVP.





Die Kandidatinnen und Kandidaten für die eidgenössischen Wahlen in St. Luzisteig.

SEPTEMBER



Herbstsession 2015 (7. – 25. September)

Der Nationalrat hat in der **ersten Sessionswoche** die Differenzen im Nachrichtendienstgesetz beraten. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat für eine neue, unabhängige Aufsichtsbehörde ausgesprochen. In der Formulierung sind sich die Räte aber noch nicht ganz einig. Der Zulassungsstopp für Ärzte soll entgegen dem Willen der SVP dauerhaft ins Gesetz aufgenommen werden. Dafür hat sich der Nationalrat als Erstrat bei der Änderung des KVG ausgesprochen. Der Ständerat hält an der Armeereform fest. Die Frage des Armeebudgets, die im Nationalrat zum Absturz der Vorlage geführt hat, war im Ständerat nur am Rand ein Thema; im Wesentlichen blieb der Ständerat bei seinen früheren Beschlüssen. Die Vorlage geht nun wieder an den Nationalrat. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat dem Rüstungsprogramm 2015 zugestimmt, das Beschaffungen von insgesamt 542 Mio. CHF unter anderem den Kauf von Drohnen für 250 Mio. CHF vorsieht. Der Entscheid fiel mit 30 zu 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen deutlich aus. Im selben Themenbereich hat auch der Ständerat sich dafür ausgesprochen, dass die Armee weiterhin für den Botschaftsschutz eingesetzt wird. Spätestens Ende 2018 sollen dann definitiv die zivilen Behörden übernehmen.

Angenommen wurde auch gegen den Willen der SVP ein Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Mit dem Zusatzprotokoll Nr. 15 soll der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entlastet werden. Angesichts des Fachkräftemangels soll der Bund während vier Jahren jährlich 50 Mio. CHF in die berufliche Grundbildung investieren. Der Nationalrat hiess als Erstrat eine parlamentarische Initiative von Seiten der SVP stillschweigend gut. Der Nationalrat

hat in einer zehnstündigen Debatte über die Asylgesetzrevision alle von der SVP eingebrachten Verschärfungen des Asylrechts abgelehnt. Zusätzlich sollen Asylsuchende bedingungslos Gratisanwälte auf Kosten der Steuerzahler zur Verfügung gestellt werden sowie auch die Enteignung von privatem Eigentum für den Betrieb neuer Asylzentren möglich sein. Ebenfalls chancenlos blieb eine SVP-Motion für ein sofortiges Asylmoratorium. Diese wurde im Rahmen einer Sonderdebatte mit 103 zu 48 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Beim Zivildienstgesetz bestehen weiterhin Differenzen. Der Ständerat will, entgegen dem Nationalrat, Zivildienstleistende an Schulen einzusetzen. Ebenso will der Ständerat den Tourismus stärker unterstützen. Er hat unter anderem den Zahlungsrahmen für Schweiz Tourismus für die nächsten vier Jahre um 9,5 Mio. CHF auf 230 Mio. CHF erhöht. Weitere Erhöhungen gab es auch für die Förderung von E-Government sowie beim Zahlungsrahmen für die Exportförderung. Insgesamt ist das Paket knapp 388 Mio. CHF schwer.

Beim Unfallversicherungsgesetz steht die seit Jahren blockierte Reform vor einem Abschluss. Künftig sind auch Personen versichert, die einen gültigen Arbeitsvertrag besitzen, aber die Stelle noch nicht angetreten haben. Gesetzlich explizit verankert und damit verbessert wird auch der UVG-Versicherungsschutz für Arbeitslose. Bei der Revision des Gütertransportgesetzes sollen nicht nur Bahninfrastrukturen, sondern auch Hafenanlagen vom 250 Mio. CHF schweren Subventionstopf profitieren. Der Nationalrat ist auf die Linie des Ständerates eingeschwenkt. Bereinigt wurde vom Ständerat auch das Korruptionsstrafrecht. Damit ist Bestechung bei der Vergabe von Sportanlässen in der Schweiz künftig strafbar. Ausländer der dritten Generation sollen sich entgegen dem Willen der SVP in der Schweiz leichter einbürgern lassen können. Der Ständerat ist entgegen der vorberatenden Kommission auf die Änderung der Bundesverfassung und des Bürgerrechtsgesetzes eingetreten mit 21 zu 21 Stimmen bei einer Enthaltung und dem Stichentscheid des SP-Ratspräsidenten. Auch der Ständerat hat der Forderung der SVP nach einem Asylmoratorium eine klare Absage erteilt. Mit Ausnahme des Schwyzer SVP-Ständerats Peter Föhn sprach sich niemand für den Vorstoss aus.

Der Nationalrat hat in der **zweiten Sessionswoche** den Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Grüne Wirtschaft" im Sinne der SVP knapp abgelehnt. Das Geschäft geht nun zurück an den Ständerat, der die Vorlage gutgeheissen hatte. Das Parlament empfiehlt dem Stimmvolk, die Volksinitiative "Pro Service Public" abzulehnen. Diese verlangt, dass bundesnahe Unternehmen wie Post, Swisscom und SBB in der Grundversorgung nicht nach Gewinnen streben und auf Quersubventionierung verzichten sollen. Kein einziger Parlamentarier unterstützt das Volksbegehren.

Das Zivildienstgesetz ist auf der Zielgerade. Der Nationalrat ist bei der Differenz der Zivildienstleistenden dem Ständerat gefolgt. Diese dürfen damit, entgegen dem Willen der SVP, in Zukunft auch an Schulen eingesetzt werden. Auch bei der Frage eines nationalen Innovationsparks gab es eine Einigung. Der Nationalrat schwenkte im letzten umstrittenen Punkt auf die Linie des Ständerats ein und brachte die Vorlage mit einem Rahmenkredit von 350 Mio. CHF unter Dach und Fach. Das Ende des Bankkundengeheimnisses für ausländische Bankkunden steht bevor. Der Nationalrat hat gegen den Willen der SVP den rechtlichen Grundlagen zum automatischen Informationsaustausch (AIA) zugestimmt.

Der Ständerat hat die Beratung zur Altersvorsorge abgeschlossen. Zur Finanzierung der AHV soll die Mehrwertsteuer in den nächsten Jahren schrittweise um 1 Prozent angehoben werden. Die vom Bundesrat vorgeschlagene höhere Mindestbeteiligung der Versicherten am Gewinn von Lebensversicherern lehnte er ab. Das Frauenrentenalter wird auf 65 Jahre angehoben, der Umwandlungssatz in der beruflichen Vorsorge gesenkt. Als Ausgleich sollen neue AHV Renten substanziell erhöht werden.

Die staatliche Regulierung verursacht bei Unternehmen Kosten von rund 10 Mrd. CHF pro Jahr. Der Ständerat will nun, dass die Landesregierung bis im nächsten Jahr darlegt, wie die Regulierungen abgebaut werden können und stimmte mit 17 zu 14 Stimmen einem Postulat zu. Der Nationalrat empfiehlt dem Stimmvolk, die Initiative "Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln" abzulehnen. Er hat sich gegen das Volksbegehren der JUSO ausgesprochen. Der Ständerat hat den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) an die Kommission zurückgewiesen mit dem Auftrag, den Netzbeschluss in die Vorlage aufzunehmen.

Der Nationalrat will Straftäter nicht härter anpacken. Er hat in der **dritten Sessionswoche** Motionen der SVP abgelehnt, welche eine drastische Verschärfung des Jugendstrafrechts verlangte, den Polizeigewahrsam von 24 auf 72 Stunden zu verlängern sowie die Schaffung eines nationalen Registers über Sexual- und Gewaltverbrecher forderte.

Der Ständerat will keinen "Marschhalt" bei der Energiestrategie. Er hat am Montag die Beratungen aufgenommen und erste Entscheide gefällt. Nichteintreten wie auch ein Rückweisungsantrag der SVP blieben erfolglos. Als erstes beschloss der Ständerat, die Ziele für den Ausbau der Produktion aus erneuerbaren Energien zu senken. Ebenso will er nicht nur den Bau neuer Werke fördern, sondern auch bestehende Grosswasserkraftwerke unterstützen. Die Förderung erneuerbarer Energien soll zudem zeitlich befristet werden. Die Räte haben sich auf die Revision des Gütertransportgesetzes geeinigt. Grundsätzlich werden nur noch Infrastrukturen gefördert, in gewissen Fällen gibt es aber immer noch Betriebssubventionen. Eine davon ist die Unterstützung für die Erneuerung von Umschlaganlagen und Anschlussgleisen, die der Nationalrat beschlossen hat.

Das neue Nachrichtendienstgesetz ist unter Dach und Fach. Der Nationalrat hat die letzten Differenzen zum Ständerat ausgeräumt. Das letzte Wort könnte allerdings das Stimmvolk haben, denn die Gegner wollen das Referendum ergreifen. Mit dem neuen Gesetz dürfte der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) Telefone abhören, Privaträume verwandeln und in Computer eindringen. Der Nationalrat will keine neuen Sorgfaltspflichten für Banken einführen. Er ist nicht auf die Vorlage des Geldwäschereigesetzes eingetreten. Tritt auch der Ständerat nicht darauf ein, ist die Vorlage vom Tisch. Der Nationalrat lehnte zudem eine Motion aus dem Ständerat ab, welche forderte einen Vorschlag für die Beschaffung von einem oder mehreren Transportflugzeugen für militärische oder humanitäre Einsätze bis spätestens 2018 zu machen. Zugestimmt wurde hingegen, dass die Armee die zivilen Behörden am WEF in Davos weiterhin unterstützen darf. Ebenfalls angenommen wurden Kredite im Umfang von rund 468 Mio. CHF für Armeebauten. Der grösste Teil des Geldes wird für die Instandsetzung älterer Liegenschaften benötigt.

Der Nationalrat hat die Initiative "Für ein bedingungsloses Grundeinkommen klar abgelehnt. Die Initianten verlangen für alle Bewohner der Schweiz ein Grundein-

kommen von 2'500 CHF, für Kinder ein Viertel dieses Betrags. Der Nationalrat will die neuen Regeln für den Gewässerschutz lockern, bevor sie überhaupt umgesetzt sind. Er hat eine Motion aus dem Ständerat angenommen, die innerhalb des geltenden Rechts den höchstmöglichen Spielraum verlangt. Der Ständerat will die Laufzeit von Atomkraftwerken nicht beschränken. Auch will er die AKW-Betreiber nicht dazu verpflichten, ab 40 Jahren ein Langzeitbetriebskonzept vorzulegen. Das hat er beim Abschluss der Beratungen zur Energiestrategie festgelegt. Auch in anderen zentralen Punkten ist der Ständerat von den Beschlüssen des Nationalrates abgewichen. So will er keine Anreize für Elektrizitätswerke schaffen, das Stromsparen zu fördern. Nein sagte der Ständerat ferner zu einer "Dreckstromabgabe". Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat. Im Weiteren will der Ständerat den Personalbestand des Bundes auf dem Stand von 2015 einfrieren und überwies eine Motion seiner Finanzkommission. Das wären 35'000 Vollzeitstellen. Im Nationalrat ist eine Motion mit einer ähnlichen Stossrichtung hängig. Abgelehnt hat er jedoch SVP-Vorstösse zur Einführung einer "Personalbremse" sowie einer Anpassung des Bundespersonalrechts an das Obligationenrecht

Für die Standortförderung bewilligt das Parlament für die nächsten vier Jahre rund 388 Mio. CHF. Das sind fast 14 Mio. CHF mehr als vom Bundesrat beantragt. Der Löwenanteil geht mit 230 Mio. CHF an die Marketingorganisation Schweiz Tourismus. Spendabel zeigte sich das Parlament auch bei der Exportförderung, der 94 Mio. CHF zufließen. Der Bundesrat soll die Ausgaben des Bundes um jährlich 1,5 Mrd. CHF kürzen. Der Nationalrat hat eine Motion seiner Finanzkommission gegen den Willen der Linken klar angenommen. Stimmt auch der Ständerat zu, muss der Bundesrat eine strategische Überprüfung der Bundesaufgaben an die Hand nehmen. Die Umsetzung soll in Schritten über die Voranschläge 2017 bis 2019 erfolgen. Der Ständerat will sich nicht in die kantonalen Ladenöffnungszeiten einmischen. Er hat sich gegen ein Gesetz ausgesprochen, das längere Öffnungszeiten in der ganzen Schweiz ermöglichen würde.

Wer eine Feuerwaffe besitzt, die nicht registriert ist, soll diese nicht melden müssen. Der Ständerat ist dem Nationalrat gefolgt und hat sich gegen eine Gesetzesänderung ausgesprochen. Damit müssen weiterhin nur jene Waffen registriert sein, die nach dem 12. Dezember 2008 gekauft wurden.

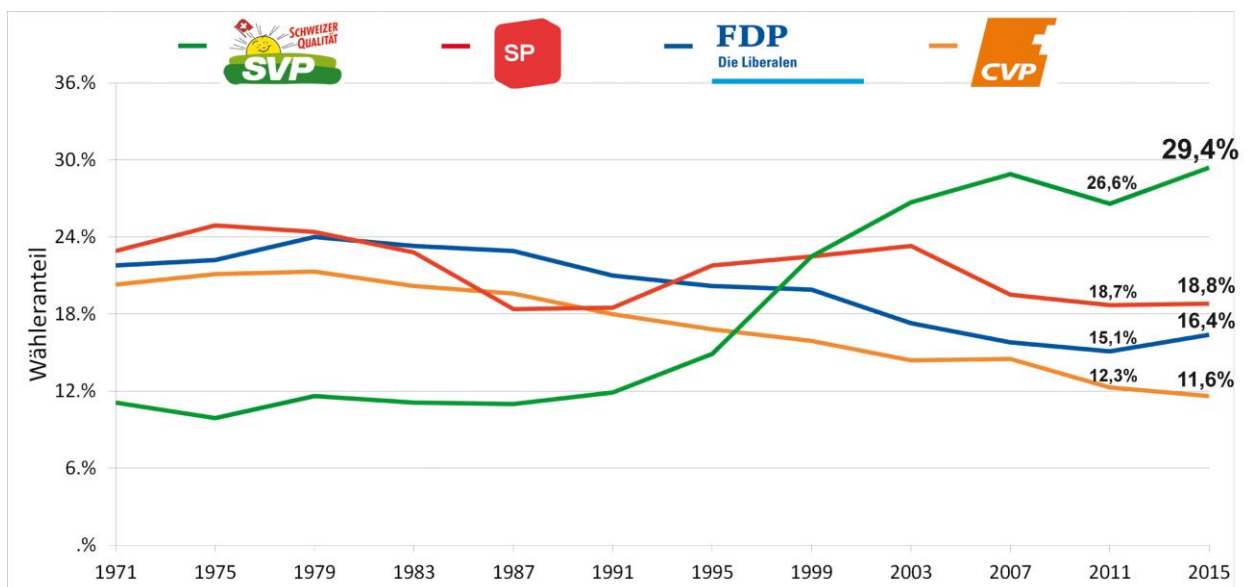
Die letzte Session der 49. Legislaturperiode ist zu Ende. Elf Mitglieder des Ständerats und mehr als zwei Dutzend Nationalrätinnen und Nationalräte, die sich nicht zur Wiederwahl stellen, wurden verabschiedet. Aus der SVP treten neun Nationalräte nicht mehr bei den Wahlen an. Während der Schlussabstimmung zum revidierten Asylgesetz hat die SVP das Referendum gegen die Vorlage angekündigt. Die Vorlage wurde im Nationalrat mit 138 zu 55 Stimmen und im Ständerat mit 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen. Von beiden Räten in den Schlussabstimmungen verabschiedet wurden weiter 13 Vorlagen, darunter die Änderung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung, Verbesserungen beim Informationsaustausch zwischen Behörden im Umgang mit Waffen, das Gütertransportgesetz, die Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst, das neue Nachrichtendienstgesetz, sowie die zwei Ablehnungsempfehlungen zu den Volksinitiativen „Pro Service Public“ und „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“.

OKTOBER



Eidgenössische Gesamterneuerungswahlen vom 18. Oktober

Die Schweizerinnen und Schweizer haben der SVP erneut ihr Vertrauen geschenkt und sie zum fünften Mal seit 1999 zur stärksten Partei des Landes gemacht. Die SVP konzentriert sich nun ganz auf die neue Legislatur und die wichtigen politischen Weichenstellungen, welche in der kommenden Zeit anstehen. Dazu gehört insbesondere die Wahrung der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Dabei gilt es zu verhindern, dass die Schweiz über ein Rahmenabkommen zwingend EU-Recht übernehmen muss und fremden Richtern unterstellt wird. Ebenso ist die Umsetzung des Verfassungsartikels zur Steuerung der Zuwanderung sicherzustellen.



Gesamtschweizerische Parteistärken in %

Nationalratswahlen 1971–2015

Partei	1971	1975	1979	1983	1987	1991	1995	1999	2003	2007	2011	2015	Differenz 2011-2015
FDP ¹	21.8	22.2	24.0	23.3	22.9	21.0	20.2	19.9	17.3	15.8	15.1	16.4	1.3
CVP	20.3	21.1	21.3	20.2	19.6	18.0	16.8	15.9	14.4	14.5	12.3	11.6	-0.7
SP	22.9	24.9	24.4	22.8	18.4	18.5	21.8	22.5	23.3	19.5	18.7	18.8	0.1
SVP	11.1	9.9	11.6	11.1	11.0	11.9	14.9	22.5	26.7	28.9	26.6	29.4	2.8
LPS ¹	2.2	2.4	2.8	2.8	2.7	3.0	2.7	2.3	2.2	1.9	-> FDP	-> FDP	1
LdU	7.6	6.1	4.1	4.0	4.2	2.8	1.8	0.7	*	*	*	*	*
EVP	2.1	2.0	2.2	2.1	1.9	1.9	1.8	1.8	2.3	2.4	2.0	1.9	-0.1
CSP	0.3	0.1		0.4	0.3	0.4	0.3	0.4	0.4	0.4	0.3	0.2	-0.1
GLP	*	*	*	*	*	*	*	*	*	1.4	5.4	4.6	-0.8
BDP	*	*	*	*	*	*	*	*	*		5.4	4.1	-1.3
PdA / Sol.	2.6	2.4	2.1	0.9	0.8	0.8	1.5	1.4	1.2	1.1	0.9	0.9	0.0
Grüne (POCH, FGA, GPS) ²	0.1	1.1	2.5	5.1	8.5	7.5	6.5	5.3	8.0	9.8	8.4	7.1	-1.3
SD / Rep.	7.5	5.4	2.0	3.5	2.9	3.4	3.1	1.8	1.0	0.5	0.2	0.1	-0.1
EDU		0.3	0.3	0.4	0.9	1.0	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	1.2	-0.1
FPS	*	*	*	*	2.6	5.1	4.0	0.9	0.2	0.1	*	*	*
Legs	*	*	*	*	*	1.4	0.9	0.9	0.4	0.6	0.8	1.0	0.2
MCR	*	*	*	*	*	*	*	*	*	0.1	0.4	0.3	-0.1
Übrige	1.5	2.0	2.8	3.3	3.2	3.3	2.4	2.4	1.6	1.7	2.2	2.4	0.2

Parteistärken in %, nach Sprachregionen

Nationalratswahlen 2011 und 2015

Partei	2011				2015			
	D	F	I	Total	D	F	I	Total
FDP	13.1	20.2	24.3	15.1	14.3	22.1	23.3	16.4
CVP	11.5	13.4	20.3	12.3	10.2	14.9	20.1	11.6
SP	17.6	23.2	16.8	18.7	18.4	21.1	16.1	18.8
SVP	29.3	20.2	10.3	26.6	32.9	21.0	12.1	29.4
Kleine Mitteparteien	2.6	1.5	-	2.3	2.4	1.5	-	2.1
GLP	6.4	2.8	0.1	5.4	5.5	2.4	0.9	4.6
BDP	7.0	0.8	0.3	5.4	5.2	1.1	0.2	4.1
PdA/Sol.	0.1	3.6	1.2	0.9	0.1	3.4	0.5	0.9
GPS	8.1	10.2	6.6	8.4	6.7	9.1	3.4	7.1
Kleine Rechtsparteien	1.8	2.7	16.9	2.7	1.6	2.0	21.0	2.6
Übrige	2.4	1.3	3.3	2.2	2.7	1.3	2.3	2.4
Total	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0



Impression aus der Wandelhalle

Alle bisherigen Ständeräte wurden wiedergewählt.
Die 2. Wahlgänge finden in 6 Kantonen am 15. November statt.

Wahlen im Kanton Jura

Ebenfalls am 18. Oktober wählt der Kanton Jura sein Parlament. Die SVP kann ihre Sitze von 4 auf 8 Sitze verdoppeln.

Delegiertenversammlung in (VD) vom 31. Oktober 2015 „Asylreferendum und Wahlbilanz“

Die SVP fasst an der Delegiertenversammlung in Villeneuve (VD) eine Parole im Hinblick auf die Volksabstimmungen vom 28. Februar 2016. Sie lehnt die Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» mit 311 zu 2 Stimmen ab. Ansonsten stand diese Delegiertenversammlung ganz im Zeichen der eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober 2015 und der Aussicht auf die Bundesratswahlen Anfang Dezember 2015.



Aus Sicht des Präsidenten

NOVEMBER



2. Wahlgänge in 6 Kantonen vom 15. November 2015

Die Kandidaten Thomas Müller (SG), Hans-Ueli Vogt (ZH) und Walter Wobmann (SO) schaffen es auch im 2. Wahlgang nicht ins Stöckli. Lega-Mann Battista Giggia, den die SVP unterstützt hat, verpasst das Stöckli knapp.



Wintersession 2015 (30. November – 18. Dezember)

Im Nationalrat hat Luzi Stamm (SVP) als amtsältestes Ratsmitglied die 50. Legislatur eröffnet. Die 200 Mitglieder des Nationalrats haben als erste Amtshandlung den Eid oder das Gelübde abgelegt. 54 der 200 Nationalratsmitglieder wurden zum ersten Mal vereidigt, darunter 25 SVP-Nationalräte. Christa Markwalder (FDP) wurde zur Nationalratspräsidentin, Jürg Stahl (SVP) zum ersten Vizepräsidenten und Dominique de Buman (CVP) zum zweiten Vizepräsident gewählt. Der Ständerat wird neu von Raphaël Comte (FDP) präsiert. Als erster Vizepräsident wurde Ivo Bischofberger (CVP), als zweite Vizepräsidentin Karin Keller-Sutter (FDP/SG) gewählt. Ausserdem wurden zehn neue Mitglieder vereidigt.

Der Nationalrat hat in der **ersten Sessionswoche** Darlehen von 54,4 Millionen Franken für Bauten im internationalen Genf bewilligt. Die Darlehen gehen an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen FIPOI. Der Rat lehnte dabei einen Rückweisungsantrag der SVP ab. Der provisorische Zulassungsstopp für Ärzte wird dauerhaft ins Gesetz geschrieben. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat für die Einschränkung ausgesprochen. Die Kantone können damit künftig die Zulassung von Ärzten von einem Bedürfnis abhängig machen. Die Kinder- und Jugendförderung soll nicht in der Bundesverfassung verankert werden. Der Ständerat hat eine neue rechtliche Grundlage einstimmig abgelehnt – die Vorlage ist damit definitiv vom Tisch. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat im Sinne der SVP beschlossen dem Stimmvolk die Initiative "Grüne Wirtschaft" (14.019) zur Ablehnung zu empfehlen. Mit der Initiative wollen die Grünen den Ressourcenverbrauch senken. Der Ständerat hat das vom Bundesrat vorgeschlagene Budget 2016 und die Nachtragskredite deutlich gutgeheissen. Als einzige Änderung beschloss er die Erhöhung der Beiträge an die Dachverbände der Familienorganisationen um 0,8 Millionen auf 2 Millionen Franken. Knappe Abstimmungsergebnisse sollen nicht automatisch nachgezählt werden. Der Ständerat lehnte eine Pa.Iv. von Thomas Minder (SH) mit 39 zu 2 Stimmen ab. Auslöser war die Abstimmung über das Radio- und Fernsehgesetz im vergangenen Juni. Ebenso wurde vom Ständerat auch eine Pa.Iv. der SVP abgelehnt, welche auch bei den Fraktionen sparen möchte, wenn das Bundesbudget gekürzt wird. Der Nationalrat, der mit gutem Beispiel vorangehen wollte, hatte der Initiative zugestimmt, wenn auch knapp.

Auch der Nationalrat steht nun hinter der Armeeform. Mit nur sieben Gegenstimmen genehmigte er die Vorlage, die er vergangenen Sommer noch abgelehnt hatte. Die Armee soll 20 Milliarden Franken für vier Jahre erhalten, und nicht wie vom Bundesrat vorgeschlagen 18,8 Milliarden. Neben dem Armeebudget gab auch die Grösse der Truppe zu reden, der Nationalrat blieb aber bei einem Sollbestand von 100'000 Mann. Mit der Reform soll die Armee etwas verkleinert, aber besser ausgerüstet und ausgebildet werden. Der Ständerat hat als Zweitrat den rechtlichen Grundlagen zum automatischen Informationsaustausch zugestimmt. Damit ist das Ende des Bankkündengeheimnisses für ausländische Kunden besiegelt. Zum gleichen Thema wurde jedoch eine Änderung des Geldwäschereigesetzes abgelehnt, welche strengeren Regelungen für Kunden aus Ländern ohne solche Abkommen

forderte. Der Ständerat ist dem Nationalrat gefolgt und hat Änderungen des Umweltschutzgesetzes als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative "Grüne Wirtschaft" abgelehnt. Damit ist der Gegenvorschlag vom Tisch. Die Initiative empfiehlt das Parlament ebenfalls zur Ablehnung.

Bei der Beratung zum Budget 2016 beschloss der Nationalrat in der **zweiten Sessionswoche** einige Änderungen gegenüber dem Ständerat. So soll im Agrarbereich weniger gespart werden. Rund 93 Millionen Franken mehr für die Bauern budgetiert der Nationalrat im Vergleich zum Ständerat und zum Bundesrat. Zugestimmt gegen den Willen der SVP wurden auch den Nachtragskrediten im Umfang von 258,8 Millionen Franken. Alleine die zusätzlichen Kosten des Asylwesens belaufen sich dabei auf rund 207 Millionen Franken. Dagegen will das Parlament den Personalbestand des Bundes auf dem Stand von 2015 einfrieren. Das wären 35'000 Vollzeitstellen. Nach dem Ständerat stimmte auch der Nationalrat einer Motion mit diesem Anliegen zu. Der Nationalrat hat sich für eine Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens ausgesprochen. Nun muss noch der Ständerat zustimmen. Im Weiteren stimmte der Nationalrat einer Pa.Iv. von Toni Brunner (SVP) zu, welche Söldnern mit einem Doppelbürgerrecht das Schweizer Bürgerrecht aberkennen will.

Abgelehnt wurden hingegen zwei gleichlautende Pa.Iv. der CVP- und BDP-Fraktionen welche die bilateralen Verträge mit der EU in der Verfassung verankern wollten. Mit diesem „Trick“ wollten die beiden Parteien die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative relativieren und einen neuen Volksentscheid erzwingen. Ebenfalls abgelehnt wurde im Ständerat eine Motion von Alex Kuprecht (SVP), welche systematische Grenzkontrollen forderte. Ordnungsbussen sollen künftig nicht mehr nur Verkehrssünder bezahlen müssen. Auch andere kleine Straftaten sollen auf diese Weise geahndet werden. Der Ständerat hat als Erstrat einstimmig eine Revision des Ordnungsbussengesetzes angenommen. Der Ständerat will die Bauern weiterhin nicht von den Sparmassnahmen im Budget 2016 verschonen. Er hält an all seinen Entscheiden der ersten Runde fest und widerspricht damit der deutlichen Mehrheit des Nationalrats. Der Bundesrat soll die Ausgaben des Bundes um jährlich 1,5 Milliarden Franken kürzen. Nach dem Nationalrat ist auch der Ständerat dieser Meinung. Die Umsetzung soll in Schritten über die Voranschläge 2017 bis 2019 erfolgen. Ohne Änderungen genehmigt wurde vom Ständerat als Zweitrat hingegen die Immobilienbotschaft 2015 im Umfang von 253,5 Millionen Franken.

Die Vereinigte Bundesversammlung hat den 56-jährigen Guy Parmelin (SVP/VD) im dritten Wahlgang als zweiten SVP-Bundesrat mit 138 von 237 gültigen Stimmen gewählt. Damit ist die Konkordanz nach 8 Jahren endlich wiederhergestellt. Vorher wurden die sechs bisherigen Mitglieder des Bundesrates im Amt bestätigt, darunter SVP-Bundesrat Ueli Maurer mit 173 Stimmen. Als neuer Bundespräsident wurde Johann Schneider-Ammann (FDP), als Vizepräsidentin Doris Leuthard (CVP) gewählt. Als neuer Bundeskanzler wurde Walter Thurnherr (CVP) gewählt.

Beim Budget 2016 gibt es weiterhin Differenzen zwischen den beiden Räten. Der Nationalrat beantragte zum zweiten Mal die Landwirtschaft von den Kürzungen auszunehmen. Weiter hat der Nationalrat in einer von der SVP verlangten ausserordentlichen Debatte die Forderung nach systematischer Kontrolle der Landesgrenzen abgelehnt. Angenommen wurde hingegen eine Änderung des Strafgesetzbuches, welches wirksamere Strafbestimmungen im Kampf gegen die organisierte Kriminali-

tät verlangt. Zugestimmt wurde vom Parlament auch dem Beitritt der Schweiz zur Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank. Die Kosten dafür sollen im Sinne der SVP teilweise bei der internationalen Zusammenarbeit kompensiert werden.

Der Nationalrat unterstützte in der **dritten Sessionswoche** entgegen dem Willen der SVP eine Motion, welche spezifische Ausbildungsgänge für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene fordert. Nun ist der Ständerat am Zug. Der Bundesrat soll sich für Freihandel einsetzen. Insbesondere soll er darauf hinwirken, dass die Euro-Med-Konvention, ein zollfreier Handelsraum mit einheitlichen Ursprungsregeln, möglichst rasch angewendet werden kann. Der Nationalrat hat eine Motion aus dem Ständerat stillschweigend überwiesen. Der Ständerat hat der Unternehmenssteuerreform III mit 31 zu 9 Stimmen zugestimmt. Das Massnahmenpaket soll verhindern, dass Firmen die Schweiz verlassen, weil sie ihre kantonalen Steuerprivilegien verlieren. Mit einem höheren Anteil an der Bundessteuer sollen die Kantone den finanziellen Spielraum erhalten, die Gewinnsteuern für alle Unternehmen zu senken. Sieg für die Bauern in der dritten Runde der Budgetberatungen im Ständerat: Mit der Differenz von nur zwei Stimmen hat die kleine Kammer beschlossen, die Direktzahlungen nicht zu kürzen. Damit erhalten die Landwirte gleich viel Geld wie bisher. Im nächsten Jahr bekommen Landwirte Direktzahlungen in Höhe von 2,8 Milliarden Franken. Das sind 61,1 Millionen Franken mehr als vom Bundesrat vorgeschlagen.

Der Nationalrat hat das Zusatz-Rüstungsprogramm im Umfang von 874 Millionen Franken ohne Abstriche mit 138 zu 53 Stimmen genehmigt. Die grösste Tranche ist mit 558 Millionen Franken die Investition in die Werterhaltung von leichten geländegängigen Lastwagen (Duro) um deren Lebensdauer bis ins Jahr 2040 zu verlängern. 2'220 der insgesamt 3'000 Fahrzeuge sollen umgerüstet werden. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Das Parlament hat nach drei Runden Budgetdebatte keine Einigung in der Frage erzielt, ob die Mehrausgaben für die Bauern quer durch alle Departemente kompensiert werden sollen. Damit geht das Budget 2016 in die Einigungskonferenz, welche eine Kompromisslösung suchen muss.

Das Grenzwachtkorps soll mindestens den Bestand vom 31. Dezember 2003 behalten. Anders als der Bundesrat und der Ständerat will der Nationalrat diese Klausel im Zollgesetz nicht streichen. In der Gesamtabstimmung hiess die grosse Kammer die Revision des Zollgesetzes mit 178 Stimmen ohne Gegenstimme gut. Die Strafverfolgungsbehörden sollen bei der Verurteilung von Rasern im Strassenverkehr mehr Spielraum erhalten. Der Nationalrat gab einer parlamentarischen Initiative mit 113 zu 72 Stimmen Folge, welche die Strafe besser den Umständen und dem tatsächlichen Fehlverhalten des Autofahrers anpassen soll. Der Ständerat will unbegleitete Hafturlaube für verwahrte Täter ausschliessen. Er hat eine abgeänderte Motion von Natalie Rickli (SVP) angenommen. Ebenfalls zugestimmt hat der Ständerat einer Motion welche verlangt, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) das Subsidiaritätsprinzip und die nationalen Rechtsordnungen berücksichtigt. Die Volksinitiative "AHVplus" kommt mit einer Nein-Empfehlung von Parlament und Bundesrat an die Urne. Der Nationalrat empfiehlt die Volksinitiative klar zur Ablehnung. Die Initiative verlangt eine Erhöhung aller AHV-Renten um zehn Prozent. Wie diese Erhöhung finanziert wird, lässt der Initiativtext offen.

Der Ständerat hat beschlossen, die Revision des Alkoholgesetzes abzuschreiben. Er hat die Hoffnung aufgegeben, dass die jahrelangen Arbeiten jemals zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Die Räte hatten vor allem über die steuerliche

Entlastung einheimischer Schnapsbrenner sowie über ein Nachtverkaufsverbot für Alkohol gestritten.

Das Grenzwachtkorps soll aufgestockt werden. Der Ständerat hat ein weiteres Signal gesendet und zwei gleichlautende Standesinitiativen aus Basel-Stadt und Basel-Landschaft angenommen. Abgelehnt wurde hingegen eine Standesinitiative des Kantons Bern, welche verlangt, dass die Militärausgaben des Bundes auf mindestens 1,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) erhöht würden. Für das Jahr 2016 wäre das Armeebudget laut der Kommission bei Annahme der Initiative bei 7,5 Milliarden Franken gelegen. Das Bundesbudget ist unter Dach und Fach. Der Nationalrat ist wie tags zuvor der Ständerat, entgegen dem Willen der SVP, dem Antrag der Einigungskonferenz gefolgt. Das Parlament sprach in der ablaufenden Wintersession den Landwirten 92,8 Millionen Franken mehr Geld zu, als der Bundesrat budgetiert hatte. Gleichzeitig lehnte er es aber ab, 125 Millionen Franken bei den Sach- und Betriebsausgaben zu kürzen. Für das nächste Jahr budgetiert das Parlament ein Defizit von 496 Millionen Franken, bei Einnahmen von 66,733 Milliarden Franken und Ausgaben von 67,229 Milliarden Franken. Mit den ausserordentlichen Einnahmen beläuft sich das Defizit auf 351 Millionen Franken.

Komatrinker sollen die Kosten für die Notfallbehandlung im Spital nun doch nicht selber tragen müssen. Der Nationalrat hat eine Gesetzesänderung abgeschrieben, die er zunächst unterstützt hatte. Ebenfalls abgeschrieben wurde nach knapp 3 Jahren Beratung die Revision des Alkoholgesetzes. Der Nationalrat hat als Erstrat eine Änderung des Verrechnungssteuergesetzes einstimmig gutgeheissen. Die Ausnahmen sind derzeit bis Ende 2016 befristet. Nun sollen sie um fünf Jahre bis Ende 2021 verlängert werden. Definitiv abgelehnt wurde hingegen eine Standesinitiative des Kantons Solothurn, welche unbefristete staatliche Unterstützung zur Schaffung von Krippenplätzen forderte. Ebenfalls klar abgelehnt wurde vom Parlament die Volksinitiative zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, welche allen in der Schweiz lebenden Menschen, unabhängig von einer Erwerbstätigkeit, ein Grundeinkommen geben will. Zur Höhe äussert sich der Initiativtext nicht. Die Initianten halten jedoch für Erwachsene 2'500 und 625 Franken für jedes Kind pro Monat als angemessen.

Mit den Schlussabstimmungen zu 13 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die erste Session der neuen Legislatur abgeschlossen. 12 Vorlagen kamen unter Dach und Fach. Darunter unter anderem die Beschlüsse zu den Volksinitiativen „Grüne Wirtschaft“, „AHVplus“ und „bedingungsloses Grundeinkommen“, welche vom Parlament allesamt zur Ablehnung empfohlen wurden. Im Weiteren wurden das Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen sowie der Beitritt zur Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank beschlossen. Gescheitert ist hingegen die Vorlage für die definitive Verankerung des Ärztstopps im Gesetz.

DEZEMBER

Bundesratswahlen vom 9. Dezember 2015

Mit **Guy Parmelin** repräsentiert erstmals ein Vertreter der Suisse Romande die SVP in der Landesregierung. Auch Ueli Maurer wurde vom Parlament ehrenvoll für eine weitere Amtsdauer gewählt.

Damit ist die Konkordanz wiederhergestellt und die SVP stellt zwei der sieben Mitglieder im Bundesrat. Nach 8 Jahren ist die Bevölkerung endlich wieder gemäss ihrem Wählerwillen angemessen vertreten. Der Kampf für eine selbständige und souveräne Schweiz, die zunehmend drängende Migrationsfrage und ein massvoller und nicht ausufernder Staat müssen jetzt auch in der Regierung endlich thematisiert und gelöst werden. Dafür steht und bürgt die SVP.



Der Wiedergewählte Bundesrat Ueli Maurer (neu EFD), und der neu gewählte Bundesrat Guy Parmelin (VBS).

2. Vorstösse aus der SVP-Fraktion

Aus den Reihen der SVP-Bundeshausfraktion sind im Berichtsjahr **13 Fraktionsvorstösse, 31 Parlamentarische Initiativen, 97 Motionen, 35 Postulate, 136 Interpellationen und 26 Einfache Anfragen** eingereicht worden. Die komplette Übersicht über die Vorstösse ist im Internet unter www.parlament.ch (Ratsbetrieb, Curia Vista) nach Fraktion, einzelnen Ratsmitgliedern, Datum oder Thema abrufbar.

3. Vernehmlassungsantworten der SVP

Im Jahr 2015 hat die SVP an 72 Vernehmlassungsverfahren mitgewirkt:

- Agrarpaket Frühling 2015
- Bundesbeschluss über die zweite Etappe der Strommarktöffnung
- Unternehmenssteuerreformgesetz III
- Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)
- Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung – Anpassung von Bestimmungen mit internationalem Bezug
- 13.479 Pa.Iv. Klarstellung der langjährigen Praxis beim Meldeverfahren bei der Verrechnungssteuer
- 10.426 Pa.Iv. Aufhebung der zolltariflichen Begünstigung der Importe von gewürztem Fleisch
- Änderung des Obligationenrechts (Aktienrecht)
- Strategie Stromnetze
- Nationale Strategie Antibiotikaresistenz (STAR)
- Änderung der Jagdverordnung (JSV)
- Teilrevision Tierarzneimittelverordnung (TAMV) und Arzneimittel-Werbeverordnung (AWV)
- Bundesgesetz über das Schuldner- und das Zahlstellenprinzip bei der Verrechnungssteuer
- Änderung der Verordnung zum Konsumkreditgesetz (Anpassung des Höchstzinssatzes)
- Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas
- Parlamentarische Initiative. Aufhebung von Artikel 293 StGB
- Gegenentwurf des Bundesrats zur Volksinitiative „Für Ernährungssicherheit“
- Änderung des Berufsbildungsgesetzes (BBG): Stärkung der höheren Berufsbildung
- Automatischer Informationsaustausch (AIA)
- Verordnung über die Kontrolle der rechtmässigen Herkunft von importierten Fischereierzeugnissen
- Änderung der Energieverordnung (EnV)
- Revision der Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung (SEFV)
- Zweite Etappe des Raumplanungsgesetzes
- Teilrevision der Verordnung über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung, BVV)
- Totalrevision des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen
- Entwürfe zur Änderung des Ausländergesetzes
 1. Umsetzung von Art. 121a BV
 2. Anpassung der Gesetzesvorlage zur Änderung des Ausländergesetzes (Integration)

- Verordnung über Schweizer Personen und Institutionen im Ausland
- Pa.Iv. 13.413 Verstärkung der Massnahmen gegen das Liegenlassen von Abfällen (Littering)
- Totalrevision der Verordnung über die Beiträge für Schweizer Teilnahmen an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU sowie für das Schweizer Haus in Paris
- Änderung der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz (ArGV 1)
- Verfassungsbestimmung für ein Klima- und Energielenkungssystem
- Agrarpaket Herbst 2015
- Beitritt zum Fakultativprotokoll vom 19. Dezember 2011 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 betreffend ein Mitteilungsverfahren
- Revision des Bundesgesetzes und der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB/VöB) sowie der Verordnung über die Schwellenwerte im öffentlichen Beschaffungswesen (SWV)
- 13.443 Pa.Iv. SPK-NR. Angemessene Vertretung der Sprachgemeinschaften in einem Bundesrat mit neun Mitgliedern
- 13.418/13.419/13.420/13.421/13.422 Pa.Iv. Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren
- Änderung der Energieverordnung und der Stromversorgungsverordnung
- Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV)
- Nationale Strategie Sucht 2017-2024
- Änderung der Verordnung über die Gewährung von Steuererleichterungen im Rahmen der Regionalpolitik
- Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit
- Parlamentarische Initiative „Gesetzliche Anerkennung der Verantwortung der Pflege“
- Anpassung der Verordnung über die Krankenversicherung (Erweiterung der Datenlieferungspflichten)
- Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (Missbrauch des Konkursverfahrens verhindern); Eröffnung des Konkursverfahrens
- Genehmigung des Bundesbeschlusses über die Einführung des internationalen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Australien
- Teilrevision der Eisenbahnverordnung
- Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse-Gesetz, SAFIG)
- Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Umsetzung von Art. 123c BV)
- Revision Konzept Biber Schweiz
- Entwurf Konzeptbericht Mobility Pricing, Ansätze zur Lösung von Verkehrsproblemen für Strasse und Schiene in der Schweiz
- Gesamtschau Sportförderung des Bundes
- Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Zinsbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und der EU
- Bundesgesetz über die Anstalt zur Verwaltung der Ausgleichsfonds von AHV, IV und EO (Ausgleichsfondsgesetz)

- Entwurf eines Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981
- Bundesgesetz über die Besteuerung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke (Umsetzung Motion 12.3172)
- Teilrevision 1+ des Luftfahrtgesetzes
- Entwurf des Berichts über die Luftfahrtpolitik des Bundesrates
- Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz (Bildungszusammenarbeitsgesetz, BiZG)
- Ratifikation des Zusatzprotokolls zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung über das Recht auf Mitwirkung an den Angelegenheiten der kommunalen Gebietskörperschaften
- Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021
- Änderung der Vernehmlassungsverordnung
- Revision des Ordnungsrechts zum neuen Lebensmittelgesetz (Projekt Largo)
- Änderung des ETH-Gesetzes
- Verordnung über die Krankenversicherung (KVV)
- Änderung des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (Umsetzung Motion 13.3728)
- Entwurf Ausführungserlass zum revidierten Bürgerrechtsgesetz
- RTVV-Teilrevision
- Revision der Verordnung über die Benützung des Schweizer Namens für Uhren
- Revision der Zivilstandsverordnung (ZStV) und der Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen (ZStGV)
- Organisation Bahninfrastruktur (OBI)
- Änderung des Steueramtshilfegesetzes (gestohlene Daten)
- Parlamentarische Initiative „Nachbesserung der Pflegefinanzierung“

4. Positionspapiere der SVP

Im Jahr 2015 hat die SVP folgende **Positionspapiere** veröffentlicht:

- Missbrauch und ausufernde Sozialindustrie stoppen (Juni 2015)
- Sommergas Asylchaos endlich ein Ende setzen (Mai 2015)
- Für eine einheimische produzierende Landwirtschaft (August 2015)

5. Communiqués, Newsletter, Parteizeitung, Medienkonferenzen

2015 haben SVP, SVP-Frauen, SVP-Senioren und die SVP International insgesamt 115 **Pressecommuniqués** (Vorjahr 112) veröffentlicht. Es ist ein wöchentliches Editorial zu einem aktuellen Thema in Form eines elektronischen Newsletters publiziert worden. Die Parteizeitschrift „**Klartext**“ und die französische Version „**Franc-parler**“ sind monatlich erschienen. Die Auflage hat Ende 2015 gegen 58'000 Exemplare in Deutsch und 5'000 in Französisch tendiert.

Im Jahr 2015 hat die SVP 6 **Medienkonferenzen** durchgeführt:

- | | |
|-----------------|--|
| 10. März 2015 | „Beginn der Unterschriftensammlung Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ (Selbstbestimmungsinitiative)“ |
| 19. März 2015 | „Sommarugas Asylchaos endlich ein Ende setzen!“ |
| 26. Mai 2015 | „Bundesrat verweigert Umsetzung der Zuwanderungsbeschränkung“ |
| 30. Juni 2015 | „Missbrauch und ausufernde Sozialindustrie stoppen – Hilfe für die wirklich Bedürftigen sichern“ |
| 06. August 2016 | „Für eine einheimische produzierende Landwirtschaft“ |
| 11. August 2016 | „Asyl: Konsequentes Handeln statt kontraproduktive Reformen“ |

6. Internet

Bis zum 31.12.2015 werden 591'439 Besuche auf www.svp.ch und 137'557 Besuche auf www.udc.ch (422'237 im Vorjahr für svp.ch und udc.ch zusammen) registriert. Das sind durchschnittlich pro Tag 1'620 Besuche auf www.svp.ch und 376 auf www.udc.ch (1'156 im Vorjahr für svp.ch/udc.ch zusammen).

2015 produziert die SVP 18 **Internet-TV-Beiträge** in deutscher Sprache, 7 in französischer Sprache und einer in italienischer Sprache. Die Internet-TV-Beiträge verzeichnen insgesamt 324'397 Aufrufe (71'887 im Vorjahr). Der YouTube-Kanal hat 1337 Abonnenten (+696 gegenüber Vorjahr).

Die SVP betreibt die **Facebook-Seiten** "SVP Schweiz", „UDC Suisse“ und weitere spezifische Kampagnen-Seiten. Über diese Kanäle kommuniziert die SVP regelmässig über Aktualitäten und mobilisiert Mitglieder und Sympathisanten. Am 31.12.2015 zählt die Seite "SVP Schweiz" 16'198 Unterstützer (Zuwachs um 6'562). Die französischsprachige Facebook-Seite „UDC Suisse“ zählt 5'901 Unterstützer (Zuwachs um 3'222). An diversen Spitzentagen hat die SVP mit diesen Seiten zwischen 25'000 und 174'000 Personen erreicht und über den gesamten Zeitraum 378'439 Video-Aufrufe generiert. Auf der Seite UDC Suisse wurden 91'166 Video-Aufrufe generiert und an einzelnen Spitzentagen zwischen 15'000 und 38'000 Personen erreicht.

Mit Welcome to SVP hat die SVP für die Wahlen einen vollen Erfolg in den sozialen Medien erreicht. Der Song hat es gar in die Hitparade geschafft.

II. PARTEIORGANE

1. Delegiertenversammlungen

Die Delegiertenversammlung (DV) der SVP Schweiz besteht aus **761** Delegierten und ist das oberste Organ der Partei. Im Jahr 2015 haben 5 Delegiertenversammlungen stattgefunden:

Delegiertenversammlung in Locarno (TI) vom 24. Januar 2015
„Ja zur Sanierung des Gotthardtunnels und zur Familieninitiative“

Delegiertenversammlung in Nottwil (AG) vom 28. Februar 2015
„Parteiprogrammtag“

Delegiertenversammlung in Fribourg (FR) vom 18. April 2015
„Arbeitsplätze sichern – keine neuen Steuern“

Delegiertenversammlung in Kerns (OW) vom 4. Juli 2015
„Mass halten! Zuwanderung steuern.“

Delegiertenversammlung Villeneuve (VD) vom 31. Oktober 2015
„Nein zur Volksinitiative ‚Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!‘“

2. Zentralvorstand

Der Zentralvorstand (ZV) setzt sich aus 115 Mitgliedern zusammen.

Vertreter von Amtes wegen gemäss Statuten Art. 18 Ziff 1 Abs. 1:

(Stand: 31.12.2015)

Parteipräsident	NR Toni Brunner (SG)
Vizepräsidenten	NR Christoph Blocher (ZH)
	a. NR Walter Frey (ZH)
	NR Nadja Pieren (BE)
	NR Oskar Freysinger (VS)
	NR Luzi Stamm (AG)
	Judith Uebersax (SZ)
	Claude-Alain Voiblet (VD)
Fraktionspräsident	NR Adrian Amstutz (BE)
Generalsekretär ab 1.7.09	Martin Baltisser (BE)
Präsidentin SVP Frauen	Judith Uebersax (SZ)
Präsident SVP Senioren	NR Hans Killer (AG)
Präsident SVP International	Inge Schütz (BE)
Präsidenten Kantonalparteien	AG Thomas Burgherr
	AI Ruedi Eberle
	AR Edgar Bischof
	BE NR Werner Salzmann
	BL Oskar Kämpfer
	BS NR Sebastian Frehner
	FR Roland Mesot
	GE NR Céline Amaudruz
	GL Kaspar Krieg
	GR NR Heinz Brand
	JU Romain Schaer
	LU Franz Grüter
	NE Stephan Moser
	NW Christoph Keller
	OW Albert Sigrist
	SG Herbert Huser

	SH	Pentti Aellig
	SO	NR Walter Wobmann
	SZ	Xaver Schuler
	TG	Ruedi Zbinden
	TI	Gabriele Pinoja
	UR	Pascal Blöchlinger
	VD	Fabienne Despot
	VS	Jérôme Desmeules (UVS)
	VS	Franz Ruppen (OVS)
	ZG	Thomas Aeschi
	ZH	NR Alfred Heer
	JSVP	Anian Liebrand

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs.2 Ziff.1:

AG	Roger Fricker Pascal Furer NR Andreas Glarner Michelle Rütli-Kummli
AI	Martin Ebnetter
AR	Ralf Menet
BE	Andrea Pieren Jolanda Brunner Aliko M. Panayides NR Werner Salzmann Michael Waber NR Albert Rösti
BL	NR Thomas de Courten Dominik Straumann
BS	Andreas Ungricht
FR	Jean-Luc Rimaz Liliane Marchon
GE	François Velen a. NR Jacques Pagan
GL	Toni Gisler
GR	Mario Cortesi Jan Koch
JU	Didier Spies
LU	Räto B. Camenisch Marcel Omlin Tanja Bieri
NE	NR Raymond Clottu

NW	Peter Wyss
OW	Susann Schmid
SG	Roland Büchel Beat Ruckstuhl Monika Bräm
SH	Daniel Preisig Mariano Fioretti
SO	Christian Imark Hans Rudolf Lutz
SZ	Roland Lutz NR Pirmin Schwander
TG	Marcel Schenker NR Verena Herzog
TI	Lara Filippini Roberta Soldati
UR	Paul Dubacher
VD	NR Michael Buffat Thierry Dubois NR Alice Glauser
VS	Fredy Ursprung (OVS) Ilan Garcia (UVS) NR Jean-Luc Addor (UVS)
ZG	Vreni Althaus Heinz Tännler
ZH	NR Gregor A. Rutz a. NR Ernst Schibli Elisabeth Pflugshaupt Reinhard Wegelin Martin Haab Anita Borer Hans-Ueli Vogt
JSVP	NR Erich Hess (BE) Oliver Straub (TG)
SVP International	Roman Rauper (Liechtenstein)

Vertreter durch Wahl gemäss Statuten Art. 18 Ziff. 1 Abs. 2 Ziff. 2
(höchstens 15 weitere Mitglieder)

AG	NR Sylvia Flückiger
BE	a. NR Thomas Fuchs
FR	NR Jean-François Rime
GR	Reto Rauch
NE	Florian Robert-Nicoud
NW	Michèle Blöchliger
OW	Christoph von Rotz
TG	Jakob Stark
VD	Gérald Nicod

VS	Cyrille Fauchère
ZG	Philip C. Brunner
ZH	NR Christoph Mörgeli Roger Liebi a. NR Ueli Schlüer NR Hans Egloff

3. Leitender Ausschuss

Der Leitende Ausschuss (LA) setzt sich aus 30 Personen zusammen, die von Amtes wegen oder durch Wahl Mitglied sind. Der LA führt die laufenden Geschäfte der Partei, pflegt Kontakte zu den Kantonalparteien und sorgt für die Berücksichtigung von deren Anliegen. Als Schlichtungsstelle untersucht und entscheidet der LA auf Begehren von Einzelmitgliedern, Parteiorganen, Sektions-, Bezirks- oder Kantonalparteien bei Streitigkeiten.

(Stand 31.12.2015)

Parteipräsident	NR Toni Brunner (SG)
Vizepräsidenten	NR Christoph Blocher (ZH)
	a. NR Walter Frey (ZH)
	NR Nadja Pieren (BE)
	NR Oskar Freysinger (VS)
	NR Luzi Stamm (AG)
	Judith Uebersax (SZ)
	Claude-Alain Voiblet (VD)
Fraktionspräsident	NR Adrian Amstutz (BE)
Generalsekretär	Martin Baltisser (BE)
Präsidenten der sechs absolut wählerstärksten Kantonalparteien	NR Thomas Burgherr (AG)
dfg	NR Werner Salzmann (BE)
	NR Franz Grüter (LU)
	Herbert Huser (SG)
	Fabienne Despot (VD)
	NR Alfred Heer (ZH)
Präsidentin SVP Frauen Schweiz	Judith Uebersax (BE)
Präsident SVP Senioren Schweiz	NR Hans Killer (AG)
Präsident Junge SVP Schweiz	Anian Liebrand (LU)
Vertreterin der Romandie	Didier Spies (JU)
Vertreter der italienischen Schweiz	Eros Mellini (TI)
Vertreter der romanischen Schweiz	Reto Rauch (GR)
Weitere Mitglieder	NR Christoph Mörgeli (ZH) NR Pirmin Schwander (SZ) Jean-François Rime (FR) NR Sylvia Flückiger (AG) Michèle Blöchliger (NW) Mariano Fioretti (SH) Inge Schütz (BE) NR Céline Amaudruz (GE)

4. Parteileitung

Die Parteileitung setzt sich aus 9 Mitgliedern zusammen.

(Stand: 31.12.2015)

Funktion	
Präsident der SVP Schweiz	Nationalrat Toni Brunner (SG)
Vizepräsident	a. Bundesrat Christoph Blocher (ZH)
Vizepräsident	a. Nationalrat Walter Frey (ZH)
Vizepräsidentin	Nationalrätin Nadja Pieren (BE)
Vizepräsidentin	Judith Uebersax (SZ)
Vizepräsident	Nationalrat Luzi Stamm (LU)
Vizepräsident	Nationalrat Oskar Freysinger (VSO)
Vizepräsident	Claude-Alain Voiblet (VD)
Fraktionspräsident	Nationalrat Adrian Amstutz (BE)

5. Generalsekretariat

Das Generalsekretariat ist die administrative Zentrale der Partei. Bei Abschluss des Berichtsjahres arbeiten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf dem Generalsekretariat:

(Stand: 31.12.2015)

Funktion	Mitarbeiter / Mitarbeiterin
Generalsekretär	Martin Baltisser
Stv. Generalsekretärin	Silvia Bär
Fraktionssekretär	Kaspar Voellmy
Kommunikation	Kevin Crausaz Thomas Gemperle
Wissenschaftliche Mitarbeiter	Kaspar Voellmy
Wissenschaftliche Mitarbeiter	Pascal Nussbaum
	Urs Vögeli
	Urs Winkler
Koordinator UDC Romandie	Claude-Alain Voiblet
Fraktionsassistentin	Denise Betschart
Sekretariat	Susanne Rebora
Assistentin d. Parteipräsidenten	Marcia Cerantola
Sekretariatsmitarbeiter	Niels Rosselet

6. Fraktion der Bundesversammlung

Die Mitglieder des National- und Ständerates, die auf den Listen der SVP-Kantonalparteien gewählt werden, schliessen sich zu einer selbständigen Fraktion zusammen. Die Fraktion bezweckt die Verfechtung der politischen Ziele der SVP Schweiz innerhalb und ausserhalb der eidgenössischen Räte.

Bundesrat

- **Ueli Maurer**, Vorsteher EFD, Hinwil (ZH);
gewählt am 10.12.2008; im Amt seit 1.1.2009
- **Guy Parmelin**, Vorsteher VBS, Bursins (VD);
gewählt am 9.12.2015, im Amt ab 1.1.2016

Mit 68 Nationalräten (65 SVP, 2 Lega dei Ticinesi, 1 MCG) und 6 Ständeräten (5 SVP und 1 parteilos) stellt die SVP die grösste Fraktion im eidgenössischen Parlament.

Nationalrätinnen und Nationalräte (Stand: 31.12.2015)

AG	Burgherr Thomas, Wiliberg Flückiger Sylvia, Schöftland Giezendanner Ulrich, Rothrist Glarner Andreas, Oberwil-Lieli Knecht Hansjörg, Leibstadt Reimann Maximilian, Gipf-Oberfrick Stamm Luzi, Baden
AR	Zuberbühler David, Herisau
BE	Aebi Andreas, Alchenstorf Amstutz Adrian, Sigriswil Bühler Manfred, Cortébert Geissbühler Andrea, Herrenschwanden Hess Erich, Bern Pieren Nadja, Burgdorf Rösti Albert, Uetendorf Salzmann Werner, Mülchi von Siebenthal Erich, Gstaad
BL	De Courten Thomas, Rünenberg Sollberger Sandra, Bubendorf
BS	Frehner Sebastian, Basel
FR	Page Pierre-André, Câtonnaye Rime Jean-François, Bulle
GE	Amaudruz Céline, Genf Nidegger Yves, Genf
GR	Brand Heinz, Klosters Martullo-Blocher Magdalena, Meilen
LU	Estermann Yvette, Kriens

	Grüter Franz, Eich Müri Felix, Emmenbrücke
NE	Clottu Raymond, La Brévine
NW	Keller Peter, Hergiswil
SG	Brunner Toni, Ebnat-Kappel Büchel Roland, Oberriet Keller-Inhelder Barbara, Jona Müller Thomas, Rorschach Reimann Lukas, Wil
SH	Hurter Thomas, Schaffhausen
SO	Imark Christian, Fehren Wobmann Walter, Gretzenbach
SZ	Dettling Marcel, Oberiberg Schwander Pirmin, Lachen
TG	Hausammann Markus, Langrickenbach Herzog Verena, Frauenfeld Walter Hansjörg, Wängi
TI	Chiesa Marco, Lugano (Ruvigliana)
UR	Arnold Beat, Schattdorf
VD	Buffat Michaël, Vuarrens Grin Jean-Pierre, Pomy Nicolet Jaques, Lignerolle
VS	Jean-Luc Addor, Savièse Ruppen Franz, Naters
ZG	Aeschi Thomas, Baar
ZH	Egloff Hans, Aesch Heer Alfred, Zürich Köppel Roger, Küsnacht Matter Thomas, Zürich Rickli Natalie, Winterthur Rutz Gregor, Zürich Stahl Jürg, Winterthur Steinemann Barbara, Watt Tuena Mauro, Zürich Vogt Hans-Ueli, Zürich Walliser Bruno, Volketswil Zanetti Claudio, Gossau

Lega dei Ticinesi

TI	Pantani Roberta, Chiasso Quadri Lorenzo, Lugano
----	--

Ständeräte (Stand: 31.12.2015)

GL	Hösli Werner, Haslen
SH	Germann Hannes, Opfertshofen
SZ	Föhn Peter, Muotathal Kuprecht Alex, Pfäffikon
TG	Eberle Roland, Weinfelden
Parteilos	
SH	Minder Thomas, Neuhausen am Rheinfall

III. EIDGENÖSSISCHE VOLKSABSTIMMUNGEN 2015

Volksabstimmung vom 8. März	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stän- de Ja	Stände Nein	
Volksinitiative „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“	Ja	Nein	Ja	Nein	24.6	75.4	20 6/2		abgelehnt
Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“	Nein	Nein	Nein	Nein	8	92	20 6/2		abgelehnt

Volksabstimmung vom 14. Juni	Parole SVP	Parole FDP	Parole CVP	Parole SP	Volk Ja in %	Volk Nein in %	Stän- de Ja	Stände Nein	
Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich	Nein	Ja	Ja	Stimmfreigabe	61.9	38.1	17 3/2	3 3/2	angenommen
Volksinitiative vom 20. Januar 2012 «Stipendieninitiative»	Nein	Nein	Nein	Ja	27.5	72.5	0	20 6/2	abgelehnt
Volksinitiative vom 15. Februar 2013 «Millionen-Erbenschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)»	Nein	Nein	Nein	Ja	29.0	71.0	0	20 6/2	abgelehnt
Änderung vom 26. September 2014 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen	Nein	Nein	Ja	Ja	50.1	49.9	-	-	angenommen

Eidg. Gesamterneuerungswahlen vom 18. Oktober	SVP	FDP	CVP	SP					
Wahlresultate der 4 grössten Parteien	+2.8%	+1.3	-0.7%	+0.1%	-	-	-	-	-

IV. DIE SVP IN DEN KANTONSPARLAMENTEN

Stand am Wahltag. Wahlen berücksichtigt bis 31.12.2015

Kanton	Wahljahr	SVP-Wähleranteil bei den kantonalen Wahlen	SVP-Sitze im Kantonsparlament	Total Sitze im Kantonsparlament
AG	2012	32.0 %	45	140
AI	jährlich	*	*	50
AR	2015 (alle 3 Jahre)	16.3	12	65
BE	2014	29.0 %	49	160
BL	2015	26.7 %	28	90
BS	2012	15.0 %	15	100
FR	2011	18.6 %	21	110
GE	2013	10.3 %	11	100
GL	2014	28.8 %	17	60
GR	2014 (alle 3 Jahre)	*	9	120
JU	2015	8.5 %	8	60
LU	2015	24.1%	29	120
NE	2013	16.9 %	20	115
NW	2014	29.1%	17	60
OW	2014	24.5 %	13	55
SG	2012	25.4 %	35	120
SH	2012	33.6%	20	60
SO	2013	20.2%	19	100
SZ	2012	34.0%	35	100
TG	2012	30.5%	41	130
TI	2015	-	3	90
UR	2012	24.6%	14	64
VD	2012 (alle 5 Jahre)	17.1 %	27	150
VS	2013	17.2 %	21	130
ZG	2014	23.6 %	19	80
ZH	2015	30.0 %	54	180

*keine Angaben, weil Kreiswahlen oder Majorzwahlsystem bzw. gemischte Listen

V. DIE SVP-KANTONALSEKTIONEN ONLINE

Kanton	Website	E-Mail Adresse
SVP Schweiz	www.svp.ch	gs@svp.ch
AG	www.svp-ag.ch	info@svp-ag.ch
AI	www.svp-ai.ch	svpai@gmx.ch
AR	www.svp-ar.ch	sekretariat@svp-ar.ch
BE	www.svp-bern.ch	sekretariat@svp-bern.ch
BL	www.svp-baselland.ch	info@svp-baselland.ch
BS	www.svp-basel.ch	info@svp-basel.ch
FR	www.udc-fr.ch	info@udc-fr.ch
GE	www.udc-ge.ch	secretariat@udc-ge.ch
GL	www.svp-gl.ch	info@svp-gl.ch
GR	www.svp-gr.ch	sekretariat@svp-gr.ch
JU	www.udc-ju.ch	secretaire@udc-ju.ch
LU	www.svplu.ch	sekretariat@svp-lu.ch
NE	www.udc-ne.ch	secretariat@udc-ne.ch
NW	www.svp-nw.ch	info@svp-nw.ch
OW	www.svp-ow.ch	info@svp-ow.ch
SH	www.svp-sh.ch	info@svp-sh.ch
SG	www.svp-sg.ch	sekretariat@svp-sg.ch
SO	www.svpso.ch	info@svp-so.ch
SZ	www.schwyzer-svp.ch	sekretariat@svp-sz.ch
TG	www.svp-thurgau.ch	sekretariat@svp-thurgau.ch
TI	www.udc-ti.ch	info@udc-ti.ch
UR	www.svpuri.ch	sekretariat@svp-uri.ch
VD	www.udc-vaud.ch	secretariat@udc-vaud.ch
Oberwallis	www.svpo.ch	info@svpo.ch
Unterwallis	www.udc-valais.ch	bureau@udcval.ch
ZG	www.svp-zug.ch	sekretariat@svp-zug.ch
ZH	www.svp-zuerich.ch	sekretariat@svp-zuerich.ch